



31. Sitzung, Montag, 14. Dezember 2015, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 1924
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 1924
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 1925

2. Opernhausgesetz, Finanzierung Bauten

Antrag der Redaktionskommission vom 30. November 2015

KR-Nr. 5b/2015 Seite 1925

3. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2015

Vorlage 5226a

(Fortsetzung der Beratung) Seite 1926

4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2016 und 2017

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2015

Vorlage 5225a

(Fortsetzung der Beratung) Seite 1926

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
- Fraktionserklärung der SVP zur Kleidervorschrift in einer Sekundarschulklasse in Gossau . Seite 1957
- Fraktionserklärung der Grünen zur Klimakonferenz in Paris Seite 1958

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf fünf Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 231/2015, Thurauen und Elliker- und Flaacherfeld
Martin Farner (FDP, Oberstammheim)
- KR-Nr. 233/2015, Ärztliche Pflichten nach einer Abtreibung
Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.)
- KR-Nr. 239/2015, Zwangsausschaffungsversuch einer tschetschenischen Familie
Mattea Meyer (SP, Winterthur)
- KR-Nr. 241/2015, Instandsetzung Autobahnabschnitt Bülach–Kloten Herbst 2016 bis 2019
Nadja Galliker (FDP, Eglisau)
- KR-Nr. 253/2015, Einzelzimmerstrategie Akutspitäler
Hanspeter Göldi (SP, Meilen)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 26. Sitzung vom 30. November 2015, 14.30 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

– **Kantonale Volksinitiative «Schutz der Ehe»**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5240

2. Opernhausgesetz, Finanzierung Bauten

Antrag der Redaktionskommission vom 30. November 2015

KR-Nr. 5b/2015

Sonja Rueff (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission:
Die Vorlage wurde in der Redaktionskommission beraten und wir haben keine Änderungen vorgenommen. Wir empfehlen Ihnen, gemäss Vorlage Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Opernhausgesetz (Änderung; Finanzierung Bauten)

Titel und Ingress

I. Das Opernhausgesetz vom 15. Februar 2010 wird wie folgt geändert:

§§ 4 und 5

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Dispositiv

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 147 : 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5b/2015 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nachdem ich Sie schon nicht begrüsst habe, werde ich Sie jetzt wenigstens verabschieden, Regierungsrätin Jacqueline Fehr. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage.

3. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2015

Vorlage 5226a

(Fortsetzung der Beratung)

4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2016 und 2017

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2015

Vorlage 5225a

(Fortsetzung der Beratung)

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich begrüsse Ernst Stocker, den Regierungspräsidenten und Finanzdirektor bei uns. Wir fahren fort mit der Beratung des Budgets und dazu begrüsse ich ebenfalls Regierungsrätin Silvia Steiner, unsere Bildungsdirektorin.

Wie Sie alle hoffe ich, dass wir heute die Budgetberatungen beenden können.

Leistungsgruppe 7000, Bildungsverwaltung

Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -64'133'126

neu: Fr. -63'383'126
Verbesserung: Fr. 750'000

34. Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag von Sabine Wettstein, Anita Borer, Rochus Burtscher, Cäcilia Hänni, Matthias Hauser und Peter Preisig (KBIK):

Verbesserung: Fr. 250'000

Nur 3,0 anstatt 5,3 Vollzeiteinheiten zusätzlich einstellen aufgrund der Kantonalisierung der Lehrpersonen von Kleinstpensen in der Volksschule, weil auch in Zukunft der Aufwand überwiegend in den Gemeinden anfällt.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die Kantonalisierung der bis dahin kommunal angestellten Lehrpersonen mit Kleinstpensen wurde durch die Annahme der Änderung des Lehrpersonalgesetzes 2013 aufgeleistet. Im KEF 2016 bis 2019 wird nun die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 5,3 Vollzeitstellenäquivalente in der Bildungsverwaltung als Folge eben dieser Kantonalisierung bezeichnet. Die Erklärung lautet, dass diese Kleinstpensen, die vormals von den Gemeinden verwaltet wurden, nun bei der Bildungsverwaltung anfallen würden. Nun ist es so, dass der Vollzug der Kantonalisierung auf Schuljahr 2015/2016, also im August dieses Jahres in Kraft trat. Damit wurden neu zusätzlich rund 2000 Lehrpersonen über den Kanton angestellt.

Es ist verständlich, dass für die mit der Gesetzesänderung anfallenden Arbeiten für eine Übergangszeit beim Volksschulamt (VSA) Personal aufgebaut werden musste. Die Überführung kostete Personalressourcen. Sie ist nun aber abgeschlossen. Dagegen verbleibt entgegen der Erläuterung im KEF bei den Schulverwaltungen der Gemeinden weiterhin die Hauptlast der Arbeit. Ein Grossteil der Personaladministration wird vor Ort zuhause des Volksschulamtes geleistet und über entsprechende Tools an das VSA weitergeleitet.

Ich will Sie hier nicht der Leier der Doppelspurigkeiten – VSA und Gemeinden machen doppelte Arbeit – langweilen, etwaige Doppelspurigkeiten können aber keine Ausrede für den Ausbau des Personalbestandes sein, sondern sollten als Auftrag, diese raschmöglichst abzubauen, aufgefasst werden. Gerade weil die Gemeinden nach wie vor einen grossen Teil der Personaladministration übernehmen, ist es nicht verständlich, dass das VSA dafür über fünf fixe Vollzeitstellen braucht, auch wenn – und das ist lobend zu erwähnen – die befristeten Stellen zurückgefahren wurden. Die Übergangszeit ist aber abge-

schlossen, es herrscht Courant normal, und der bedeutet, dass von den Schulgemeinden weiterhin relevante Daten ans VSA geliefert werden. Wir können dem ständigen Ausbau der Verwaltung hier effektiv Einhalt gebieten. Stimmen Sie daher dem Minderheitsantrag (*der KBIK*) zu.

34a. *Minderheitsantrag von Ralf Margreiter, Martin Sarbach und Sabine Sieber (FIKO):*

Gemäss Antrag des Regierungsrates und der KBIK-Mehrheit.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Dieser Antrag der FIKO ist abzulehnen. Zum Grundsätzlichen: Es ist nach wie vor nicht einzusehen, warum die am 3. März 2013 vom Volk beschlossene Anpassung des Personalrechts und damit die Anstellung der Lehrpersonen mit Kleinstpensen durch den Kanton praktisch zum Nullpreis zu haben sein soll. Es war das erklärte Ziel dieser Gesetzesanpassung, die Gemeinden zu entlasten und den Kanton zu belasten.

Zum konkreten Antrag: Die Bildungsdirektion hat uns glaubhaft dargelegt, dass bei der Administration der mehreren tausend Lehrverhältnisse keine Effizienzsteigerungen mehr möglich sind, im Gegenteil: Das Personal läuft bereits heute am äussersten Limit. Nicht verschwiegen hat uns die Bildungsdirektion, dass es gewisse Doppelspurigkeiten bei den Abläufen gibt. Diese haben zum einen mit den gesetzlichen Vorgaben, zum anderen aber auch mit den unterschiedlichen EDV-Voraussetzungen der Gemeinden zu tun. Zu meinen, das Doppelspurigkeiten-Übel liege ausschliesslich beim Kanton, ist daher völlig verfehlt. Nichtsdestotrotz und selbstverständlich nimmt sich die Bildungsverwaltung der Optimierung der Abläufe auch im eigenen Interesse an. Wir lehnen diesen Kürzungsantrag ab und bitten Sie, dies auch zu tun. Danke.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Mit der Vorlage 4774 hat dieser Rat der Kantonalisierung der Lehrpersonen, insgesamt doch rund 16'000, davon rund 4000 mit Kleinstpensen, zugestimmt und damit auch zur Kenntnis genommen, dass für die zentrale Lohnadministration insgesamt zehn neue Stellen nötig sind. Für die eigentliche Überführung der Anstellungen von den Gemeinden zum Kanton waren vier befristete Projektstellen vorgesehen. Die Überführung hat stattgefunden, wir befinden uns nun im Normalbetrieb, wofür eben dieser Stellenausbau auch nötig ist.

Die KBIK hat im Zusammenhang mit diesem Kürzungsantrag nicht zum ersten Mal gehört, dass die Abteilung Lohnadministration stark überlastet ist und deswegen eine hohe Personalfuktuation ausweist. Dieser massiven Überlastung steht auf der anderen Seite die Erwartung des Kantons gegenüber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz aller Widrigkeiten die Personaldossiers präzise und korrekt bearbeiten, denn sonst werden keine oder falsche Löhne ausbezahlt. Eine Kürzung der Personalressourcen ist für die Mehrheit der KBIK deshalb keine valable Massnahme.

Der Argumentation der Kommissionsminderheit folgend, ist uns und der Bildungsdirektion aber auch klar, dass die Verfahren und Prozesse zwischen Gemeinden und Kanton in diesem Bereich zu überprüfen und zu optimieren sind. Sie sind heute kompliziert und es gibt Doppelspurigkeiten. Das ist nicht zuletzt auf unterschiedliche EDV-Lösungen bei Kanton und Gemeinden zurückzuführen. Diese suboptimalen Zustände sind anzugehen. Es ist im Interesse von Kanton und Gemeinden, das Verbesserungspotenzial auszuloten und die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Nach der Meinung der Kommissionsmehrheit lässt sich dies aber nicht durch die kurzfristige Streichung von dringend benötigten Stellen in der Lohnadministration bewerkstelligen. Wir beantragen Ihnen deshalb, nicht kurzfristig zu entscheiden, sondern mittelfristig diese Stellen zu bewilligen.

Lehnen Sie also diesen Minderheitsantrag aus der KBIK ab. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Aus Effizienzgründen halte ich mich kurz, da bereits schon sehr viel gesagt wurde, und auch wir wollen heute fertig werden mit dem Budget. Sabine Wettstein hat es bereits ausführlich erklärt. Wenn die Löhne hingegen nicht ausbezahlt werden können, dann ist das sehr, sehr bedauerlich, wenn es daran hängen sollte. Aber da bin ich überzeugt, dass die Bildungsdirektorin einen anderen Posten finden wird, wo man die 250'000 einsparen kann. Wir unterstützen den Antrag um Kürzung der FDP. Danke.

Monika Wicki (SP, Wald): Die SP lehnt selbstverständlich diesen Kürzungsantrag ab. Mit der Kantonalisierung der Kleinstpensen, was übrigens ja Auftrag des Kantonsrates war, hat die Verwaltung nun 4000 bis 5000 Anstellungsverhältnisse von Lehrpersonen zusätzlich übernommen. Das waren rund ein Drittel mehr Anstellungsverhältnisse als bisher. Die FDP muss in ihrem Antrag wohl davon ausgehen, dass

sich die Lohnzahlungen von selber erledigen, auch die Mutationen, und dass niemand anruft, niemand Fragen hat, niemand Probleme hat. Das, so sagt mir mein halbwegs gesunder Menschenverstand, ist vermutlich nicht richtig. Auch wenn die Hauptlast bei den Gemeinden bleibt, fällt ein Teil der Arbeit im Kanton an, und diese Arbeit muss geleistet werden. Dazu sind diese Gelder gedacht.

Um die 16'000 Anstellungsverhältnisse laufend zu bearbeiten, so wie es sich gehört, dass auch die Löhne richtig ausbezahlt werden, wurden die dafür notwendigen Stellen geschaffen. Und das ist richtig so, ausser man geht davon aus, dass die Verwaltung Kaffee trinkt, die Füsse hochlagert und Pause macht. Das glaube ich aber nicht. Und wie man hört, sind auch die Fluktuationen in der Verwaltung relativ hoch. Die Bildungsverwaltung arbeitet ziemlich am Limit des Machbaren. Ich möchte den Kantonsrat bitten, für die Aufträge, die er vergibt, auch die Zeche zu bezahlen. Und ist er nicht bereit, das zu tun, dann bitte ich ihn, die Aufträge zu ändern. Das aber ist nicht eine Frage des Budgets, sondern eine Frage der Gesetzgebung, und da erwarte ich dann die entsprechenden Vorstösse. Und wenn der Eindruck da ist, dass die Abläufe besser gestaltet werden müssen, müssen auch die Ressourcen dafür bereitgestellt werden, um die Abläufe zu überprüfen und anzupassen. Und dann kann man aus meiner Sicht möglicherweise die Ausgaben reduzieren.

Wir sind aber noch lange nicht an diesem Ort und an dieser Stelle, darum lehnen wir diesen Antrag deutlich ab.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Bei der Lohnauszahlung von Kleinstpensen läuft noch nicht alles rund. Eine Überprüfung der Organisation tut not. Es gibt Doppelspurigkeiten zwischen Gemeinden und Kanton. Dies wurde auch von der Verwaltung erkannt und in der Kommission so kommuniziert. Diese Kürzung erhöht den Druck, die Vereinfachung der Organisation sofort anzugehen und sie jetzt zu optimieren. In diesem Sinne unterstützen wir Grünliberale den Kürzungsantrag.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP wird diesen Kürzungsantrag ablehnen. Wir wurden in der KBIK sehr ausführlich darüber informiert, was für Konsequenzen sich daraus ergeben, wenn man diese Streichung vornimmt. Es wurde bereits mehrmals gesagt, die hohe, sehr hohe Arbeitsbelastung führt zu hohen Fluktuationen, und ich denke, jeder von uns kann sich ausrechnen, was das heisst, Fluktuationen zu bezahlen. Das löst meistens einen höheren Aufwand aus.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, sind auch die Konsequenzen für die Gemeinden, es wurde vorhin gesagt. Ich verstehe die GLP eigentlich nicht, warum sie genau diese Kürzung vornimmt, wenn man weiss, dass man jetzt die Doppelspurigkeiten angehen möchte und genau diese Ressourcen, die das angehen könnten, streicht.

Die CVP lehnt, wie gesagt, ab.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Kurz, wir sehen den Personalnotstand in der Bildungsverwaltung, der durch die Übernahme der Lehrpersonen in die kantonale Administration entstanden ist, und wir unterstützen daher ebenfalls die Stellenaufstockung zur Behebung dieses Personalnotstandes; allerdings nicht, ohne darauf hingewiesen zu haben, dass eine Rationalisierung der administrativen Vorgänge dringend nötig ist. Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit den Schulverwaltungen der Gemeinden vereinfacht werden. Es kann ja nicht sein, dass die Schulverwaltungen der Gemeinden Daten eingeben, diese ausdrucken, sie nach Zürich an die Bildungsverwaltung senden. Hier werden sie nochmals eingetippt und ausgedruckt und dann den Schulverwaltungen zurückgesendet, und das im Jahr 2015. Da ist also noch weit weg vom gedachten oder erwarteten E-Government.

Im Sinne der Behebung eines personellen Notstandes unterstützt die EVP die von der Regierung beantragte Stellenerhöhung und lehnt den Sparantrag ab. Sie erwartet aber eine baldige Verbesserung der administrativen Zusammenarbeit der Schulverwaltungen der Gemeinden. Herzlichen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste lehnt diesen Kürzungsantrag ab. Gemäss Bildungsdirektorin hätte der Abbau von 2,3 Vollzeitstellen zum jetzigen Zeitpunkt Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe. Das heisst, der Arbeitsdruck würde massiv erhöht werden. Die Überführung der Kleinstpensen in ein kantonales Angestelltenverhältnis ist administrativ nicht ganz einfach abzuwickeln. Die Bildungsdirektorin ist nicht bekannt dafür, dass sie auf Vorrat jammert. Wir vertrauen darum ihrer Einschätzung und lehnen den Kürzungsantrag ab. Dies auch, weil die vorgeschlagene Stellenkürzung nicht auf einer fundierten Analyse beruht, sondern Handgelenk mal Pi aus dem Ärmel geschüttelt wurde. Es ist auch der Alternativen Liste bewusst, dass die Arbeitsabläufe sowie die EDV von Gemeinden und Kantonen überprüft und angepasst werden müssen. Dies ist aber nicht von heute auf morgen möglich. Uns ist wichtiger, dass die Löhne der Lehrpersonen pünktlich überwiesen werden können.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Alle, die mich kennen, wissen, dass ich stets ein offenes Ohr für Anregungen und Verbesserungsvorschläge habe, deshalb schätze ich es auch, dass der Kantonsrat der Regierung im Rahmen des Budgetprozesses jeweils aufzuzeigen versucht, wo noch Sparpotenzial liegt. In diesem Fall ist es tatsächlich nur ein Versuch und erst noch ein untauglicher. Der Antrag enthält nämlich eine irreführende Unterstellung. Es steht dort «Nur 3,0 statt 5,3 Vollzeiteneinheiten zusätzlich einstellen aufgrund der Kantonalisierung der Lehrpersonen von Kleinstpensen in der Volksschule, weil» – jetzt kommt der Kernpunkt – «auch in Zukunft der Aufwand in den Gemeinden anfällt». Diese Behauptung ist gleich doppelt falsch, zum einen, weil die Abteilung Lehrpersonal für die Abrechnung und Auszahlung der Lehrerlöhne zuständig ist. Was haben denn die Gemeinden damit zu tun? Das ist Aufgabe des Kantons, sie haben rein gar nichts damit zu tun, Lohnadministration liegt in der Verantwortung des Kantons. Und zum anderen ist die Behauptung im Budgetantrag falsch, weil von einer geplanten Stellenerhöhung die Rede ist. Die Stellenerhöhung wurde aber bereits mit der Umsetzung des Projektes «Kleinstpensen zum Kanton» deklariert und der Kantonsrat hat dem zugestimmt. Man müsste also die Stellen in dieser Abteilung abbauen, was absolut verheerend wäre.

Aufgrund dieses Antrags haben wir nochmals – einfach der Sicherheit halber – die konkrete Belastung in dieser Abteilung angeschaut, und ich muss sagen: Sie ist ausgesprochen hoch. Bei der Lohnadministration – von der und nur von der reden wir hier – gibt es keine Doppelspurigkeiten. In der Abteilung Lehrpersonal wurde vor der Kantonalisierung letztmals der Stellenplan im Jahr 2008 angepasst. Dies, weil schon damals die Belastung ausgesprochen hoch war.

Zu den konkreten Aufgaben in dieser Abteilung möchte ich noch ein paar Punkte anfügen, einfach damit Sie wissen, was dort überhaupt getan wird. Letztes Jahr wurden 15'826 Festanstellungen abgerechnet, das sind 37 Prozent mehr als 2008. 2016 werden in dieser Abteilung 12'000 Vikariate abgerechnet werden, das ist ebenfalls eine enorme Zunahme, und zwar über 50 Prozent. Die Gemeinden und Ansprechpartner, von denen ja heute auch die Rede war, können bei jedem Anliegen niederschwellig – das tun sie auch – in diese Abteilung anrufen. Im monatlichen Schnitt kamen im Jahr 2015 nahezu 2000 Telefonate herein. Also bevor man ein Gesetz oder eine Verfügung anschaut, ruft man da schnell an und bekommt eine kompetente Antwort. Nicht mitgezählt sind die Direktanrufe auf die Apparate der Mitarbeitenden und etwa gleich hoch dürfte der Eingang der E-Mails sein. Diese Abteilung rechnet jährlich 1700 Dienstalergeschenke (DAG) ab. Dabei

wird abgeklärt, ob das DAG in Form von Geld oder in Urlaub bezogen wird. Es ist dann eine Verfügung zu erstellen. Erfahrungsgemäss muss die Verfügung im Schnitt zweimal korrigiert werden, weil die Lehrperson den Urlaub verschiebt. Um im Sommer 2015 den Lohn rechtzeitig auszahlen zu können, musste Überzeit im Umfang von 1200 Stunden angeordnet und ausbezahlt werden. Glücklicherweise hat die Zeit, als mein Vorvorgänger (*Altregierungsrat Alfred Gilgen*) diese Verfügungen noch selber und persönlich unterschrieben hat.

Die Stellenzahl in dieser Abteilung ist unter diesen Umständen an der unteren Grenze des Vertretbaren und des für die Mitarbeitenden Zumutbaren. Aufgrund des hohen Arbeitsdruckes ist die Fluktuationsrate gross, es wurde schon gesagt. An den wegen der Kleinstpensen geschaffenen Stellen muss deshalb festgehalten werden. Stellen Sie sich vor, was für ein Aufschrei erhoben würde, wenn die Löhne nicht rechtzeitig ausbezahlt würden. Wollen Sie das verantworten? Im Übrigen wird ein Grossteil der Kosten dieser Stellen durch die Administrationspauschale der Gemeinden getragen. Auch ein allfälliger Verzicht auf die Stellen würde nicht zur Ausgabensenkung von 250'000 Franken führen.

Schlagen Sie nicht den Sack, wenn Sie den Esel meinen! Strafen Sie nicht die ohnehin schon schwerbelasteten Mitarbeitenden in dieser Abteilung, die alles dafür tun, dass die Lehrpersonen jeden Monat pünktlich ihren Lohn erhalten. Lehnen Sie diesen Kürzungsantrag ab.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 34 der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KBIK entspricht, gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 103 : 68 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 250'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 7050, Hochbauinvestitionen

Leistungsgruppe 7100, Lehrmittelverlag

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 7200, Volksschulen

35. Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag von Anita Borer, Rochus Burtscher, Cäcilia Hänni, Matthias Hauser, Hans Peter Häring, Peter Preisig und Sabine Wettstein (KBIK):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -414'415'483

neu: Fr. -413'415'483

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Die Summe der sonderschulischen Massnahmen ist zu reduzieren, die Schwelle zur Sprechung von Massnahmen zu erhöhen. Der starke Anstieg kann und darf nicht nur auf steigende Schülerzahlen zurückgeführt werden.

Anita Borer (SVP, Uster): Der Anstieg der sonderschulischen Massnahmen ist ein ständiges Thema. Trotz Monitoring und anderer Unterstützungen bleibt der Anstieg konstant. Worin der Ursprung liegt, wurde hier drin schon mehrmals diskutiert. Dass die SVP mit dem System der integrierten Sonderschulung, so wie es aktuell angewendet wird, nicht einverstanden ist, haben wir schon einige Male kundgetan. Nun ja, für uns ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Die Anordnung von sonderschulischen Massnahmen muss verringert werden. Wir sind uns bewusst, dass dieser Prozess bereits eingeleitet wurde. Trotzdem sind wir überzeugt, dass eine Kürzung von 1 Million Franken tragbar ist. Vielen Dank für die Unterstützung.

35a. Minderheitsantrag von Ralf Margreiter, Yvonne Bürgin, Martin Sarbach und Sabine Sieber (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates und der KBIK-Mehrheit.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Dieser Antrag ist abzulehnen. Die Begründung für diesen Antrag lässt aufhorchen: Der Kanton soll den Druck auf die Gemeinden erhöhen, damit sie weniger sonderpädagogische Massnahmen anordnen. Dem Kanton soll also die Rolle des Bändigers zukommen. Der Kanton soll die wilden Gemeinden endlich zähmen, auch wenn ihm – das wissen Sie so gut wie wir – die gesetzliche Legitimation dazu völlig fehlt. Entsprechend wird dieser Sparantrag auch keine Wirkung entfalten.

Wir Grünen haben der Regierung im zu Ende gehenden Jahr mehrfach das Vertrauen in die bereits ergriffenen Massnahmen zur Stabilisie-

rung der Sonderschulquote ausgesprochen. Sie zeigen auch erste positive Auswirkungen. An der Kooperation von Kanton und Gemeinden führt kein Weg vorbei. Und ob wir es gerne hören oder nicht, gibt es gemäss Bildungsbericht 2014, mindestens was die Effizienz betrifft, keine Alternative zur integrativen Förderung von Kindern mit Lernbeeinträchtigungen.

Wir Grünen sehen keinen Grund, diesem Sparantrag der FIKO zuzustimmen. Danke.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Die KBIK wie auch der Regierungsrat sind sich einig, dass der starke Anstieg der Kosten für sonderschulische und sonderpädagogische Massnahmen eingedämmt werden muss. Dafür wurde ein Monitoring eingerichtet und das standardisierte Abklärungsverfahren eingeführt, welches auch das Sonderpädagogikkonkordat vorschreibt. Mit diesen Massnahmen sollen mittelfristig 20 Millionen Franken eingespart werden. Nach Angaben der Bildungsdirektion können im Jahr 2016 aufgrund dieser Massnahmen 3 Millionen Franken bereits eingespart werden. Allerdings ist der Kanton dabei auch auf die Mitwirkung der Gemeinden angewiesen, welche die sonderschulischen und sonderpädagogischen Massnahmen anordnen. Nachdem also das Problem längstens erkannt ist und bereits Gegensteuer gegeben wird, erachtet die Mehrheit der KBIK diesen Kürzungsantrag als unnötig respektive nicht zielführend und beantragt Ihnen deshalb, ihn nicht zu unterstützen. Besten Dank.

Monika Wicki (SP, Wald): Die SP lehnt auch diesen Antrag auf Kürzung ab. Es wurden bereits in den letzten Jahren intensive Sparmassnahmen in die Wege geleitet und umgesetzt im sonderpädagogischen Bereich. Es wurden zahlreiche wirkungsvolle Massnahmen in die Wege geleitet, um die sonderpädagogischen Massnahmen in den Griff zu bekommen. Der Kanton und die Gemeinden sind in guter Zusammenarbeit diesbezüglich und dieser Antrag ist im Moment völlig verfehlt. Wir lehnen ihn ab.

Cäcilia Hänni (FDP, Zürich): Die FDP unterstützt den Kürzungsantrag um 1 Million. Allerdings sollte dies nicht dazu führen, dass die Reduktion der Kosten beim Kanton dann einfach auf die Gemeinden überwältigt würde. Sabine Wettstein hat mit ihrem Postulat eine Versorgungsplanung in der integrierten Sonderschulung gefordert, wie dies bei den Tagessonderschulen seit kurzem der Fall ist. Leider fand dieser Vorstoss im Rat keine Mehrheit. Er hätte eine langfristige Wir-

kung gezeigt. Die Budgetreduktion ist ein kleiner Ersatz dafür. In den letzten 15 Jahren explodierten die Kosten und Anteile an den Sonderschulungen und verdoppelten sich von 1,7 Prozent auf 3,7 Prozent oder von 2300 auf 5067 Schülerinnen und Schüler. 2013 wurden im Kanton Zürich 370 Millionen Franken in diesem Bereich aufgewendet. Und dies hat nicht nur mit der wachsenden Zahl von behinderten Kindern zu tun, bei denen unbestrittenermassen die Schulung aufwendiger und kostenintensiver ist. Vielmehr hat es mit der veränderten Mentalität der Zuweisenden zu tun, welche Kinder einer Sonderschulung zugewiesen werden. Das Beispiel der Stadt Zürich zeigt dies eindrücklich. Mit der grossmehrheitlichen Schliessung der Kleinklassen stieg der Anteil der Kinder mit Sonderschulung um einen Drittel. Der Zuwachs erfolgte in der ISS (*integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule*) und der IRS (*integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule*), das heisst, die Schulklassen wurden nebst der IF (*integrative Förderung*), die als Ersatz für die Kleinklassen gedacht war, die aber in der Praxis nicht auszureichen scheint, mit zusätzlichen Sonderschulquoten einzelner Schüler versorgt. Die Tatsache, dass rund ein Viertel der Sonderschulungen aufgrund der emotionalen und verhaltensmässigen Störungen gesprochen werden, untermauert dies. Die Bildungsdirektion will den Anteil der Kinder mit Sonderschulung stabilisieren.

Mir scheint das langfristig nicht genug, der Anteil muss künftig wieder sinken. Deshalb stimmen wir dem Kürzungsantrag zu.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Die Grünliberale Fraktion lehnt eine weitere Reduktion der sonderschulischen Massnahmen ab. Der Anstieg im Budget ist nämlich eigentlich gar kein Anstieg, sondern durch steigende Schülerzahlen begründet. Es wurden schon 3 Millionen gekürzt. Und mittelfristig sollen in diesem Bereich laut Regierung 10 Millionen eingespart werden. Der Wegfall einer weiteren Million wäre jetzt schwierig zu verkraften, haben doch die betroffenen und abgeklärten Schülerinnen und Schüler einen Anspruch auf sonderschulische Massnahmen.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Der KBIK-Präsident hat sehr ausführlich dargelegt, warum die Mehrheit der KBIK diesen Streichungsantrag nicht unterstützt. Wenn man den KEF näher anschaut, sieht man, dass die Bildungsdirektion schon einige Sparmassnahmen umgesetzt hat, es zeigt sich im KEF ganz klar. Ich verstehe nicht ganz, warum die FDP sagt «Das Postulat wurde abgelehnt, dafür streichen wir

jetzt», der Zusammenhang stimmt für mich nicht ganz. Abgesehen davon wird etwas vermischt zwischen sonderschulischen Massnahmen und sonderpädagogischen Massnahmen. Die IF ist ein Bereich, für welchen die Gemeinden VZE, Vollzeiteinheiten, erhalten. Und die Kleinklassen dürfen nach wie vor geführt werden. Es ist mir wichtig, das zu erwähnen. Die Schulbehörden haben selbst die Möglichkeit, diese VZE einzusetzen, für welche Massnahmen sie es als wichtig anschauen.

Die CVP lehnt diesen Antrag selbstverständlich ab. Vielen Dank.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Dieser Sparantrag liest sich so schön: «Die Summe der sonderpädagogischen Massnahmen ist zu reduzieren.» Ja, davon träumt jeder Schulpräsident und jede Schulpräsidentin, aber es bleibt ein Traum. Realität ist: Die Schülerzahlen steigen. Das ist erfreulich für unsere AHV und für unsere Zukunft, aber es ist unerfreulich für das Budget. Die Schülerzahlen steigen zusätzlich durch die Verschiebung des Einschulungstichtags um zwei Wochen jedes Jahr. Die Folgen der Verschiebung haben wohl die Bildungspolitiker beim Entscheid vor ein paar Jahren übersehen und wir löffeln das nun aus.

In einem gebe ich aber dem Sparantrag recht: Der Anstieg der sonderpädagogischen Massnahmen kann nicht allein auf die steigenden Schülerzahlen zurückgeführt werden. Da haben wir zum einen die Kinder mit den üblichen sonderpädagogischen Bedürfnissen, wie es sie schon immer gab. Daneben haben wir als Schule aber immer mehr Defizite im Bereich des Verhaltens und der Sozialkompetenz zu therapieren, die die Schülerinnen und Schüler von zu Hause nicht mehr mitbringen. Noch ist es eine Minderheit von Kindern, aber sie nimmt nach meiner Einschätzung zu. Fehlender Halt zu Hause, fehlende Erziehung durch entsprechende sonderpädagogische Massnahmen zu ersetzen, das wird teuer. Doch als Schule haben wir gar keine andere Wahl, als diese Defizite anzugehen – für einen geordneten Schulbetrieb zum Wohl des Kindes und auch zum Wohl der Gesellschaft, denn unbehandelte Defizite führen im Erwachsenenleben noch zu viel höheren Kosten für die Gesellschaft.

Weniger Sonderpädagogikkosten, das bleibt ein schöner Traum. Schauen wir der Realität ins Auge und lehnen diesen Sparantrag ab. Vielen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Schülerzahlen steigen um rund 3000 pro Jahr. Mehr Schülerinnen und Schüler verursachen mehr Kos-

ten, das ist eine Realität, die auch mit einem Kürzungsantrag nicht weggewischt werden kann. Gleichwohl hat die Bildungsdirektion den budgetierten Aufwand im KEF 2016 bis 2019 bei der Leistungsgruppe 7200 um 1 Million Franken tiefer veranschlagt als im KEF 2015. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass gemäss KEF 2016 kein Anstieg bei den sonderpädagogischen Massnahmen stattgefunden hat. Der Kürzungsantrag von 1 Million Franken müsste also an einem anderen Ort umgesetzt werden. Wie allen bekannt, werden die sonderpädagogischen Massnahmen von den Gemeinden verordnet. Diese haben es also in der Hand und können sonderpädagogische Massnahmen künftig zurückhaltender verordnen.

Aus diesen Gründen sagt die Alternative Liste Nein zu diesem Kürzungsantrag.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Die EDU wird diesen Sparantrag unterstützen. Wir sind überzeugt, dass im Bereich Sonderschule noch grosses Sparpotenzial vorhanden ist, wenn man den Ursachen, die zu Sonderschülern führen, nachgehen würde und das Problem bei der Wurzel anginge. Danke.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Es wurde bereits mehrfach gesagt, ich muss es nochmals wiederholen: Grundsätzlich sind die Schulgemeinden kompetent und entscheiden darüber, ob eine sonderpädagogische Massnahme angeordnet wird oder nicht. Der Kanton hat keinen Einfluss darauf. Dennoch hat die Bildungsdirektion dieses Problem erkannt und auch angegangen, indem ein Monitoring initiiert wurde. Im Bereich der Sonderschulung sind Sparmassnahmen bereits in Planung und werden ab dem Schuljahr 2016/2017 umgesetzt. Im Budget ist deshalb bereits eine Kürzung von 3 Millionen Franken eingestellt. Ich hoffe einfach, dass Sie mir dann nächstes Jahr nicht sagen, wir hätten wieder auf dem Buckel der Gemeinden gespart und die Gemeinden in dieser Entscheidung, die sie eigentlich selber fällen möchten, hier geknechtet. Aber langfristig können wir dieses Problem auch nicht mit irgendeiner Wurzel, die allenfalls im Elternhaus liegt, angehen, sondern wir müssen die Lehrerschaft gezielt entlasten durch diese Entscheidungen. Und diese Entscheidungen werden an der Basis gefällt.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 35 der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KBIK entspricht, gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 91 : 81 Stimmen (bei 0 Ent-

haltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 1'000'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 7301, Mittelschulen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung

Budgetkredit Erfolgsrechnung

36a. Minderheitsantrag von Karin Fehr, Hans Peter Häring, Jacqueline Peter, Moritz Spillmann und Monika Wicki (KBIK):

Verschlechterung: Fr. 2'200'000

Kompensation der Mehrkosten für Beiträge an die Höhere Berufsbildung von 2,2 Mio. Franken. Werden diese Kosten nicht kompensiert, gehen sie zu Lasten der beruflichen Grundbildung.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich mache Ihnen eine Verschlechterung des Budgets um 2,2 Millionen in der Leistungsgruppe Berufsbildung beliebt. Am 4. November 2013, also vor etwas mehr als zwei Jahren, haben Sie dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen zugestimmt. Die Vereinbarung regelt den freien Zugang zu den Höheren Fachschulen und deren Abgeltung durch den Kanton. Mit Ihrem Ja haben Sie ein klares Bekenntnis zur Höheren Berufsbildung abgegeben. Die Höheren Fachschulen tragen mit dazu bei, dass der Wirtschaft genügend gutqualifizierte Fach- und Führungspersonen zur Verfügung stehen. Entsprechend der Weisung zur Gesetzesvorlage gingen Sie damals davon aus, dass dem Kanton mit dem Beitritt zur Vereinbarung keine wesentlichen Mehrkosten entstehen.

Der KEF weist nun bei der Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung, auf Seite 227 für das Jahr 2016 Mehrkosten für Beiträge an die Höhere Berufsbildung von 2,2 Millionen Franken aus, Mehrkosten, die gemäss Auskunft der Bildungsdirektion direkt zulasten der beruflichen Grundbildung gehen. Ich bin sicher, dass Sie bei Ihrem Ja zur Höheren Berufsbildung vor zwei Jahren nie daran gedacht haben, dass Ihr Ja einmal als Nein zur beruflichen Grundbildung ausgelegt wird. Die Stärkung der Höheren Berufsbildung kommt im vorliegenden Budget der Schwächung der beruflichen Grundbildung gleich. Der Regierungsrat hat sich für die nächsten vier Jahre in der beruflichen Grund-

bildung einiges vorgenommen. Mit Blick auf eine starke Berufsbildung möchte er unter anderem die Attraktivität der Berufsmaturität steigern, ebenso die Talentförderung weiter etablieren. Ebenso möchte er aber auch die leistungsschwächeren Jugendlichen beim Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung besser unterstützen.

Vor diesem Hintergrund sind wir Grünen entschieden der Meinung, dass eine Schwächung der beruflichen Grundbildung nicht einfach so hingenommen werden darf. Die Schwächung betrifft die Schwächsten. Deshalb verlangen wir eine Verschlechterung des Budgets um die erwähnten 2,2 Millionen. Für Ihr entschiedenes und motiviertes Bekenntnis zur beruflichen Grundbildung danken wir Ihnen.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Im Namen der KBIK-Mehrheit beantrage ich Ihnen die Ablehnung dieses Minderheitsantrags aus der KBIK. Die Budgetentwicklung im Bereich der Berufsbildung ist an die Zahl der Leistungsvereinbarungen gekoppelt, welche die Bildungsdirektion mit den einzelnen Schulen aushandelt. Die Bildungsdirektion ist sich bewusst, dass sie die Kosten in diesem Bereich indirekt über die Leistungsvereinbarungen beeinflussen kann. Für das Schuljahr 2015/2016 ist ein Mehraufwand von 2,2 Millionen Franken ausgewiesen. Es trifft zu, dass dieser Mehraufwand in der Höheren Berufsbildung zulasten der beruflichen Grundbildung anfallen wird oder in der Grundbildung kompensiert werden muss. Der Grund dafür hängt mit der Vorgabe des Regierungsrates zusammen, das Budget dieser wie auch anderer Leistungsgruppen einzufrieren. Mit dieser finanzpolitischen Vorgabe ist die KBIK-Mehrheit grundsätzlich einverstanden. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung wird überdies sogar eine Kürzung von 10 Millionen Franken in dieser Leistungsgruppe angestrengt.

Vor diesem Hintergrund sieht die Mehrheit der KBIK keine Veranlassung, eine Budgetverschlechterung zu beantragen. Ich beantrage Ihnen deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir dachten, die Grünen hätten begriffen, dass das Geld knapp ist, und dass sie ihren Antrag zurückziehen, vergeblich. Den Antrag von Karin Fehr auf Verschlechterung um 2,2 Millionen werden wir nicht unterstützen und folgen dem KBIK-Mehrheitsantrag. Danke.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Es wundert Sie nicht, die SP wird diesen Antrag der Grünen unterstützen, und zwar aus Überzeugung und,

ich hoffe, auch mit Überzeugung. Wir alle sind stolz auf unser Bildungssystem. Wir reden gut von unserem dualen Bildungssystem. Wir mögen die Berufsbildung, wir mögen unsere Maturitätsschulen, wir mögen auch die Höhere Berufsbildung. Wir wissen: Bildung, Ausbildung, auch Weiterbildung, das sind die Ressourcen, das ist der Rohstoff, den wir haben.

Wenn es nun also darum geht, dass die Höhere Berufsbildung mehr Geld braucht, dass hier mehr investiert werden muss, Mehrausgaben anfallen, so dürfen diese nicht auf Kosten der beruflichen Grundausbildung passieren. Wir dürfen nicht vergessen: Die Zahl der Lernenden geht nicht zurück, im Gegenteil, die wird ansteigen. Wir müssen investieren, in die Zukunft, in die Jugendlichen, in die Lernenden und so weiter. Daher drücken wir und wir hoffen auch Sie beherzt die Taste «Nein» (*was Zustimmung zum Minderheitsantrag bedeutet*).

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die FDP setzt sich ein für das duale Berufsbildungssystem und auch für die Berufsschulen und die höheren Bildungen. Das grosse Problem in diesem Bereich ist, dass diese Verlagerung der Höheren Berufsbildung zulasten der beruflichen Grundbildung erfolgt, weil der Bund auch andere Vorgaben macht. Trotzdem können wir aus finanzpolitischen Gründen dieser Verschlechterung nicht zustimmen. Wir erhoffen uns dann im Rahmen der KEF-Debatte ein differenziertes Ausweisen der Höheren Berufsbildung und der Grundbildung. Karin Fehr hat ausführlich angeführt, was alles im Bereich der beruflichen Grundbildung geplant ist. Wir stehen dazu, dass dies alles nicht ausgebaut werden kann, sondern das bestehende Angebot beibehalten werden muss. Wir werden also den Minderheitsantrag ablehnen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Wir Grünliberale sind effizient, deshalb spreche ich gleich zu beiden Minderheitsanträgen, die unter «Berufsbildung» eingegangen sind. Die Grünliberale Fraktion lehnt die beiden Minderheitsanträge von links und rechts ab, weil wir denken, dass die Regierung hier massvoll budgetiert hat. So trägt die Berufsbildung ihren Teil zu den Sparbemühungen bei, ohne dass einzelne Elemente, wie zum Beispiel die berufliche Grundbildung oder die Qualifikationsverfahren bei den steigenden Schülerzahlen grundsätzlich infrage gestellt werden.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Da es ja das erklärte Ziel ist, heute diese Budgetdebatte abschliessen zu können, spreche ich jetzt gleich

zu allen nächsten Anträgen, die vorliegen (*Heiterkeit*). Man kann es nämlich ganz kurz machen: Die CVP lehnt alle Anträge, die das Budget erweitern, ab und wir lehnen ebenfalls die Kürzungen ab. Wenn man sich vertieft mit dem KEF im Bereich der Bildung auseinandersetzt, dann sieht man die Tendenz. Und wenn wir wissen, dass der Regierungsrat daran ist, alle Leistungen im ganzen Kanton Zürich zu überprüfen, macht es Sinn, den KEF mehr oder weniger so anzunehmen, wie er vorliegt. Ich spreche jetzt vor allem für die Bildung. Von dem her wisst ihr jetzt, was wir stimmen, und ich hoffe, dass wir heute abschliessen und damit sparen können.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste unterstützt den Minderheitsantrag von Karin Fehr. 2016 fallen für den Kanton Mehrkosten für Beiträge an die Höhere Berufsbildung von 2,2 Millionen Franken an, weil sich der Bund mit tieferen Beiträgen, als versprochen, an den Kosten für die Höhere Berufsbildung beteiligt. Da es aus Sicht der Alternativen Liste keine Lösung sein kann, einfach einen Numerus clausus bei der Höheren Berufsbildung einzuführen, müssten diese 2,2 Millionen Franken bei der beruflichen Grundausbildung kompensiert werden. Das ist für die Alternative Liste aber keine gute Lösung. Wir möchten nicht mithelfen, das Budget der beruflichen Grundbildung zu schmälern und stimmen daher der Budgeterhöhung von 2,2 Millionen Franken zu.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Wir können nicht immer über den Fachkräftemangel jammern und, wenn es darum geht, im Bereich Berufsbildung zu investieren, dann drehen wir den Finanzhahn zu. So geht es nicht, dies ist eine unglaubliche Bildungspolitik. Stimmen Sie deshalb dem Minderheitsantrag zu. Danke.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich sage hier, was wahrscheinlich für alle Anträge gilt: Der Regierungsrat verlangte eine Einfrierung des Budgets, daran hat sich die Bildungsdirektion gehalten. Ursprünglich waren in diesem Bereich Mehrkosten beantragt worden. Eine Leistungsüberprüfung wird dann noch zu einer Kürzung von rund 10 Millionen Franken führen. Das vorliegende Budget ist für die Schulen der Berufsbildung vertretbar und sachgerecht.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Diese Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 36a mit 105 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

37a. Minderheitsantrag von Peter Preisig, Anita Borer, Rochus Burtscher, Matthias Hauser und Hans Peter Häring (KBIK):

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Kürzung hinsichtlich Qualifikationsverfahren; die Kürzung entspricht dem Stand des Budgets 2015.

Peter Preisig (SVP, Hinwil): In der Bildung sollte für die Qualifikationsverfahren 1 Million mehr ausgegeben werden, von 18 auf 19 Millionen erhöht werden. Hier muss man nicht sparen, hier sollte man einfach nicht mehr ausgeben, als es bis anhin der Fall war. Diese Erhöhung ist absolut nicht nötig. Die Besoldung für Experten kann beibehalten werden. Man kann diese Million ausgleichen, indem die Lehrpersonen die Ausfallstunden für die Korrektur der QV (*Qualifikationsverfahren*) angerechnet werden. Ab Juni haben Lehrpersonen, die Abschlussklassen haben, keinen Unterricht mehr, das könnte also problemlos ausgeglichen werden. Somit könnten die Lehrpersonen die Korrekturen mit den ausfallenden Stunden ausgleichen. Ein Experte müsste auf sein Honorar nicht verzichten. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Die Mehrheit der KBIK konnte sich für diesen Antrag nicht erwärmen, denn es ist bereits heute schwierig, genügend Lehrpersonen zu finden, die bereit sind, für ein Honorar von 40 Franken pro Stunde Lehrabschlussprüfungen zu korrigieren. Eine Kürzung des Entgelts würde die Situation entsprechend verschärfen. Da es sich um eine Zusatzaufgabe ausserhalb des Berufsauftrags handelt, würde sich kaum mehr eine Lehrperson für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, wenn es kein separates Entgelt dafür gäbe. Befehlen könnte man es ihnen nicht, weil es ja nicht Teil des Berufsauftrags ist. Und nur die externen Experten zu entlönnen, ist auch keine Lösung, weder in Bezug auf die Zahl der Korrigierenden noch in Bezug auf bürokratische Vereinfachung. Der Antrag vermochte also nicht zu überzeugen und ist deshalb nach Ansicht der Kommissionsmehrheit abzulehnen. Besten Dank.

1944

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir lehnen diesen Minderheitsantrag ab. Die Mehrkosten von 1 Million erklären sich dadurch, dass rund 300 mehr Lernende das Qualifikationsverfahren im nächsten Jahr abschliessen werden. Die Mehrkosten sind durch den zusätzlichen Material- und Raumaufwand, Spesen und Expertenonorare für auswärtige Lernende begründet. Sparen würde in diesem Fall bedeuten, dass uns weniger Lehrpersonen für die Prüfungskorrekturen zur Verfügung stehen. Das ist nicht im Interesse der Lernenden, das ist nicht im Interesse der sie ausbildenden Betriebe, nicht im Interesse einer dualen Berufsbildung. Wir lehnen den Kürzungsantrag ab.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Wenn wir 1 Millionen einsparen möchten in diesem Bereich, dann könnte man das relativ gut machen, indem man die Entschädigungen im Betrag von 40 Franken für die Experten auf 37 Franken reduziert. Ich muss Ihnen sagen, dass ich schon 40 Franken als eine nicht allzu fürstliche Entlohnung ansehe. Es besteht fast kein Handlungsspielraum in diesem Bereich, da wir ja die Zahl derjenigen, die die Lehre abschliessen, nicht beeinflussen können. Ebenso kann man den Aufwand für Hilfsmittel nicht verkleinern und die Stundenzahlen sind definiert. Also kann man über den Stundenansatz steuern. Da es aber, wie bereits erwähnt, jetzt schon schwierig ist, Experten zu finden, finde ich das eine relativ kleinliche Haltung gegenüber Experten, die ja eigentlich allesamt aus der Privatwirtschaft kommen und sich für die Berufsbildung einsetzen. Lehnen Sie diesen Kürzungsantrag ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 37a mit 116 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7401, Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Leistungsgruppe 7402, Sonstige universitäre Leistungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 7406, Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

38a. Minderheitsantrag von Matthias Hauser, Anita Borer, Rochus Burtscher und Peter Preisig (KBIK):

Verbesserung: Fr. 30'000'000 → Folgeminderheitsanträge in den LG 9710 ZHAW und 9720 ZHdK

Kostenbeitrag an ZHAW neu 149'791'900 Franken (Leistungsgruppe Nr. 9710), an ZHdK neu 97'241'000 Franken (Leistungsgruppe Nr. 9720). Reduktion der Staatsbeiträge um 20 respektive 10 Mio. Franken. Konzentration auf das Wesentliche, Verzicht auf Wünschbares und ungezügelteres Wachstum.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Darf ich? Bin ich schon online? Habe ich also das Wort erhalten? (Die Ratspräsidentin nickt.)

Ich schicke diesem Sanierungsantrag eine finanzpolitische Bemerkung voraus: Der Betrag umfasst rund 9 Prozent des Staatsbeitrags an die Fachhochschulen. Das scheint hoch. Der Betrag relativiert sich allerdings angesichts folgender Aussagen: a) Wie und wo die Bildungsdirektion diesen Betrag einspart, kann sie selber entscheiden. Sie könnte den Antrag zum Beispiel auch mit dem Beitrag an die PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) zu erfüllen helfen, nicht nur mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Zürcher Hochschule der Künste, wie dies der ursprüngliche Antragsteller von ausserhalb der KBIK begründete. Ich bin bereit, falls dieser Antrag durchkommt, die Folgeminderheitsanträge in der Leistungsgruppe 9700, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (*ZHAW*), und 9720, Zürcher Hochschule der Künste (*ZHdK*), zurückzuziehen, damit die Bildungsdirektion wirklich freie Hand hat über diesen Staatsbeitrag. Man darf b) – das ist die zweite Bemerkung – in der Budgetdebatte auch Zeichen setzen und mit Anträgen politischen Willen bekunden. Die SVP ist der Meinung, dass in den Fachhochschulen Sanierungspotenzial besteht, ich komme darauf. Vorbemerkung c) für die lieben Mittelschullehrerinnen und -lehrer und -freunde und auch für die Volksschulfreunde, hören Sie zu: Die Bildungsdirektion hat aus Sicht der Regierung einen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes und Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs zu leisten. Sie alle wissen, dass bei der linearen Verteilung des Sanierungsauftrags innerhalb der Bildungsdirektion bei den Fachhochschulen mehr Möglichkeiten bestehen als bei den Mittelschulen, die in den vergangenen Jahren schon die Mittel gekürzt haben, die auch am Tag der Bildung, am 13. Januar, darauf aufmerksam machen. Mit einem hohen Sanierungsbeitrag der Fachhochschulen können Sie Druck von den Mittelschulen nehmen, da die Bildungsdirektion dann zwar nicht das Bud-

get, das wir heute ja festlegen, so doch aber die internen Sanierungsvorgaben einhalten kann, indem die Fachhochschulen mehr dazu beitragen als eben die Mittelschulen und die Volksschulen. Ich bin überzeugt, dass bei den Fachhochschulen das grössere Sanierungspotenzial vorhanden ist, und ich mache jetzt einige Beispiele, wo das sein könnte:

Erstens: Wir haben wachsende Studierendenzahlen in den Fachhochschulen, insbesondere auch Leute, die die Fachhochschulen besuchen – immer mehr –, die von den Mittelschulen her kommen statt eben von den Berufsmittelschulen und der Berufsbildung. Das war nie die Idee der Fachhochschulen, das ist sie nun aber geworden. Diese steigenden Studierendenzahlen können nicht immer so weitergehen. Wir wissen von zum Beispiel Frau Stern von der ETH, *Neurologin (Elisbeth Stern, Professorin am Institut für Verhaltenswissenschaften)*, dass der Intelligenzquotient der Bevölkerung gleichbleibend ist. Man kann den nicht steigern. Wenn wir also einen immer höheren Anteil an Fachhochschülern, an Mittelschülern und so weiter haben, bedeutet das, dass die durchschnittlich dümmer sind.

Zweitens: Zu wenige Studiengebühren werden eingenommen. Wir haben zwischen den Kantonen einen Ausgleich der Studiengebühren, nicht aber mit ausländischen Studierenden, die wir voll und ganz selbst bezahlen. Dieser Ausgleich zwischen den Studiengebühren, denn die Kantone uns geben, den müsste man auf irgendeine Art auch mit den ausländischen Studierenden irgendwie installieren. Da wurden bis jetzt keine Anstrengungen gemacht.

Drittens: Sowohl an der Universität als auch an den Fachhochschulen haben dozierende Professoren dreimal in ihrer Karriere, durchschnittlich alle sechs Jahre, ein Sabbatical zugute, bei dem sie bei vollem Lohn ein halbes Jahr aussetzen können. An der Universität heisst das «Forschungssemester», aber an den Fachhochschulen, die keinen solchen Forschungsauftrag haben in der Grundlagenforschung wie die Universität, ist das doch eine fragwürdige Praxis. Hier könnte man diese Sabbaticals, mindestens eines oder zwei, im Verlaufe einer Forscherkarriere, einer Lehrerkarriere, einer Professorenkarriere streichen. Sonst in der Bildungslandschaft haben weder die Volksschullehrer noch die Mittelschullehrer solche Sabbaticals, und wenn, dann allenfalls eine Weiterbildung, die so drei Monate geht, in einem Leben, sonst nix.

Viertens: Wir haben einen grossen Ausbau der verschiedenen Institute an den Fachhochschulen erlebt, die teilweise quersubventioniert werden. Sie alle kennen das Institut für Kommunikation. Sie erhalten

einmal oder zweimal pro Jahr eine Werbebroschüre. Diese Weiterbildungen, die sie da besuchen müssen, die Raumkosten zum Beispiel, die sind quersubventioniert auch durch diesen Staatsbeitrag. Wir haben zum Beispiel auch das Institut für Medienbildung in der PHZH. Da wurden aus einem Trend heraus Leute angestellt und plötzlich sind da zehn oder fünfzehn Leute beschäftigt, die sich damit beschäftigen mit etwas, das man kleiner halten könnte, wenn man den Kanton wirklich sanieren müsste. Wir haben eine Eigendynamik des Wachstums in den Fachhochschulen, die einfach Arbeitsplätze schafft. Und gegen diese Entwicklung müssen wir ein Zeichen setzen.

Letztendlich haben wir noch die Raumkosten. Es heisst lapidar im KEF «Erneuerungsinvestitionen für die Sicherung des Betriebes». Das ist dann doch ein bisschen zu wenig begründet und das sind zu hohe Investitionen, die hier genannt werden. Überhaupt zu den Investitionen: Die Bildungsdirektion hat anfänglich, auch andere Stellen im Kanton haben anfänglich Investitionsprojekte unter 20 Millionen nicht ausgewiesen. Sie haben gesagt, die listen sie nicht einzeln auf, wir müssten nachfragen. Danke für diese grosszügige Informationspolitik. Wer keine Einzelprojekte unter 20 Millionen von sich aus gegenüber der budgetgebenden Behörde ausweisen will, der muss sich einfach nicht darüber wundern, wenn Sparaufträge von 30 Millionen kommen. Die Bildungsdirektion, die Regierung, sie denkt in Globalbudgets, also in grossen Zahlen und mit den Freiheiten, die sie hat im Globalbudget. Bitte, denken auch Sie so, setzen Sie Zeichen und lassen Sie sich nicht von den Mikroargumenten verführen, die Sie jetzt dann gleich hören werden von den Leuten, die gegen diesen Antrag sind.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Ich führe die Argumentation der KBIK-Mehrheit aus. Die KBIK konnte sich nämlich mit diesem Antrag, der sich beitragsmässig auf die ZHAW mit 20 Millionen und die ZHdK mit 10 Millionen Franken aufteilt, nichts anfangen. Er ist im Übrigen im letzten Jahr auch schon gestellt und dann auch entsprechend verworfen worden. An der Argumentation ändert sich wenig. Es ist bekannt, dass die ZHAW wächst. Studierende mit abgeschlossener Berufslehre und Berufsmittelschule haben freien Zugang zu einem Studium an der ZHAW. Eigentlich ist es ja auch erfreulich, wenn so viele junge Menschen eine weiterführende Ausbildung absolvieren wollen, und speziell in den von der Wirtschaft stark nachgefragten Bereichen «Technik» und «Life Sciences». Gerade in diesen teuersten Bereichen müsste man aber starke Abstriche vornehmen, wenn dieser Sparantrag wirklich umgesetzt werden müsste. Als Folge davon würden etliche Studierende an anderen, eben ausserkan-

tonalen Fachhochschulen studieren, womit ein Kostenbeitrag an diese Standortkantone fällig würde. Eine solche Hauruckübung, die längerfristig höhere Kosten auslöst, kann seriöserweise nicht im Rahmen einer Budgetänderung beschlossen werden, sondern man müsste ganz grundsätzlich über gesetzliche Änderungen nachdenken. Und Matthias Hauser hat ja auch verschiedene Anregungen dazu gegeben. Die grosse Mehrheit der KBIK unterstützt aber diesen Budgetantrag nicht und ich hoffe, Sie tun das auch nicht.

Auch bei der ZHdK sehen wir keinen Grund für einen solchen Antrag. Die ZHdK verzeichnet ein leichtes Wachstum der Studierendenzahlen von 2 Prozent, was auf den neuen Bachelor-Studiengang «Tanz» zurückzuführen ist. Wegen dem bestehenden Numerus clausus entwickelt sich die ZHdK aber sehr stabil und sie bleibt stabil in den folgenden Planjahren. Eine Kürzung um 10 Millionen Franken würde zum Beispiel bedeuten, dass die Miete für das Toni-Areal nicht mehr bezahlt und keine Abschreibungen mehr vorgenommen werden könnten. Diese 10 Millionen Franken müssten auf die Studierenden überwält werden, und es muss Ihnen klar sein, dass das so nicht ginge.

Lehnen Sie deshalb diesen Minderheitsantrag zu diesen beiden wichtigen und bewährten Fachhochschulen ab. Besten Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Im ursprünglichen Antrag hiess es, die Fachhochschule sollten auf Wünschbares und ungezügelteres Wachstum verzichten. In Budget und KEF kann kein Wachstum des Kostenbeitrags pro Studierenden ausgemacht werden. Betrachtet man diese Zahlen bei ZHdK und ZHAW sieht man, dass der Beitrag in den nächsten Jahren sich verkleinert und nicht wächst. Bei der ZHdK bleibt der Beitrag des Kantons an die Schule in den nächsten Jahren gleich. Von einem ungezügelteren Wachstum kann hier keine Rede sein. Bei der ZHAW steigt der Beitrag wohl noch ein wenig an, jedoch steigen dort auch die Studierendenzahlen konstant an. Und dieses Wachstum ist, glaubt man der Debatte zu den Jahresbeiträgen, die wir vor kurzem hier geführt haben, von diesem Rat erwünscht, denn es ist ein Wachstum in den MINT-Fächern (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*), was ausdrücklich begrüsst wurde. Die Ausdehnung des Antrags auf die PHZH, wie wir sie vorhin gehört haben, zeigt auch hier: Ja, bei der PHZH wachsen die Studierendenzahlen, aber auch dieses Wachstum ist erwünscht. Wir brauchen mehr Lehrpersonal, also wollen wir doch dieses Wachstum.

Dieses Zeichen, das jetzt Herr Hauser nannte, hätte Kürzungen bei den MINT-Fächern zur Folge, hätte Kürzungen zur Folge, die die Qualität

der Fachhochschulen verschlechtern würden. Dies sollte nicht der Wille dieses Parlaments sein und ist sicher nicht der Wille der SP. Wir lehnen diesen Minderheitsantrag der SVP ab.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die FDP setzt sich, wie bereits erwähnt, für das duale Berufsbildungssystem ein und die Fachhochschulen sind ein wichtiges Standbein dieses Systems. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Berufsmaturität gesteigert wird, dass sie attraktiv wird. Das macht aber nur dann Sinn, wenn auch ein Anschluss an die Fachhochschule erfolgen kann. Und das führt zu steigenden Studierendenzahlen. Die Fachhochschulen haben genauso wie alle anderen Bildungsträger Vorgaben des Regierungsrates erhalten, was zu Kostensenkungen pro Studierenden führen wird. Wir sind uns im Klaren, dass hier konkrete Vorschläge auf den Tisch kommen werden, um diese Vorgaben überhaupt einhalten zu können. Wir bieten aber keine Hand zu so einem solchen Rundumschlag, einem pauschalen Rundumschlag, der keine konkreten Vorgaben beinhaltet. Wir werden deshalb den Mehrheitsantrag unterstützen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Den Minderheitsantrag der SVP um eine Verbesserung von satten 30 Millionen können wir Grünliberale nicht so richtig ernst nehmen. Natürlich sehen auch wir den steigenden Ausgaben der Fachhochschulen mit Sorge zu. Es gilt hier den Druck auf die Fachhochschulen aufrechtzuerhalten, den Druck zum haushälterischen Umgang mit den knappen kantonalen Finanzen. Wenn dies das Ziel des Minderheitsantrags war, dann billige ich das durchaus. So pauschal, wie er aber vorliegt, ohne stichhaltige Begründung des so hohen Kürzungsbetrags, so quasi aus der Hüfte geschossen, so können wir Grünliberale dem Minderheitsantrag nicht zustimmen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Matthias Hauser, du hast im Namen der SVP ein klares Bekenntnis zu den Mittelschulen abgegeben. Ich freue mich darauf, wenn ihr in Zukunft den Bemühungen, auch dort die Leistungen zu kürzen, entschieden entgegentretet. Vorbemerkung zwei: Der durchschnittliche IQ beträgt immer 100 Prozent.

Nun aber zu unseren Gründen, weshalb wir diesen Minderheitsantrag ablehnen: Wir können mit ihm natürlich auch dieses Jahr herzlich wenig anfangen. Wir haben es gehört, das Wachstum der Studierendenzahlen an der ZHdK um 2 Prozent ist ausschliesslich auf die Einführung des neuen Bachelor-Studiengangs «Tanz» zurückzuführen. Die

Zulassung zu dieser Fachhochschule ist beschränkt, hier haben wir einen Numerus clausus.

Die ZHAW leistet zusammen mit der Höheren Berufsbildung und den Hochschulen unersetzliche Dienste bei der Höherqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne die Perspektive auf eine Fachhochschulbildung würden wohl noch mehr talentierte Jugendliche direkt den Weg ans Gymnasium wählen. Anspruchsvolle Lehrstellen könnten dann noch weniger gut besetzt werden. Der Sparantrag der SVP würde vor allem die überdurchschnittlich teuren MINT-Studiengänge an den Fachhochschulen treffen. Im Langzeitgymnasium will die SVP genau diese MINT-Fächer gefördert sehen. Angesichts der absehbaren Beschränkung der Zuwanderung schuldet uns die SVP ohnehin noch die Antwort darauf, wie sie künftig dafür sorgen will, dass das inländische Fachkräftepotenzial besser als bis anhin ausgeschöpft werden kann. Darauf werden diverse Branchen nämlich dringend angewiesen sein, wenn ihr plötzlich weniger ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Mit ihrem Sparantrag schädigt die SVP nicht nur die duale Berufsbildung, sondern boykottiert die dringend notwendige Höherqualifizierung von heute bereits in der Schweiz ansässigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wir Grünen lehnen diesen Kürzungsantrag entschieden ab. Danke.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ich wundere mich also schon sehr über diesen Sparantrag. Da notiert man einfach mal 20 Millionen Einsparung für die ZHAW und 10 Millionen Einsparung für die ZHdK auf einen Zettel, schreibt dann noch salopp «Verzicht auf Wünschbares und ungezügelteres Wachstum» dazu und fertig ist der publikumswirksame Sparauftritt. Seriöse, sachliche Parlamentsarbeit sieht meiner Meinung nach anders aus. ZHAW und ZHdK haben sorgfältig arbeitende Parlamentarierinnen und Parlamentarier verdient. Denn wir können stolz sein auf diese beiden Hochschulen. Sie sind ein Erfolgsmodell und wir tun gut daran, ihnen Sorge zu tragen. Den Erfolg der ZHAW sehen wir ja gerade darin, dass die Studierendenzahlen zunehmen. In jeder normalen Firma würde man der Leitung dafür gratulieren, wir dagegen reden von ungezügelterem Wachstum. Wie wollen Sie denn das Wachstum zügeln? Den Absolventen der Berufsmittelschule ihre Berufsmatura-Zeugnisse wegnehmen, damit sie sich nicht mehr für die ZHAW anmelden können? Die Schülerzahlen steigen in den nächsten Jahren, auch die Studierendenzahlen der ZHAW werden logischerweise steigen. Jammern wir nicht darüber,

sondern freuen wir uns über das immer besser funktionierende duale Berufsbildungssystem mit BMS-Anschluss (*Berufsmaturität*) an die ZHAW. Und freuen wir uns über eine ZHdK mit Weltruf, die bei Studierenden ebenfalls sehr begehrt ist, aber aufgrund des Numerus clausus alles andere als ungezügelter Wachstum aufweist. Dass sie aber in ihr Programm auch mal einen zusätzlichen Bachelor-Studiengang aufnimmt, dürfte ja wohl noch im Auftrag einer Hochschule liegen.

Die EVP-Fraktion ist stolz auf ZHAW und ZHdK. Sie will, dass sich diese gesund weiterentwickeln können, und lehnt daher diesen Hüftschuss-Sparantrag ab. Vielen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Ich spreche zu beiden Kürzungsanträgen von 10 beziehungsweise 20 Millionen Franken. Wie es bereits schon gesagt wurde und wie es Kantonsrat Rafael Steiner schon mehrmals während dieser Budgetdebatte treffend feststellte, haben wir auch hier wieder ein Déjà-vu. Die beiden massiven Sparanträge der SVP bei der ZHdK und der ZHAW von 10 beziehungsweise 20 Millionen Franken sind kein Pappentier. Solche Kürzungen könnten nur über die Plafonierung der Studierendenzahlen, das heisst die Einführung des Numerus clausus, erreicht werden. Gekürzt werden könnte allenfalls auch bei den Auslandsforschungssemestern und den Sabbaticals für das Lehrpersonal. Mit dem Kürzungsantrag hat es die SVP genau auf diese Forschungssemester und Sabbaticals abgesehen. Ohne diese Weiterbildungsangebote gibt es keine kreative Weiterentwicklung von Forschung und Lehre. Mit diesen Kürzungsanträgen auferlegt die SVP den beiden Bildungsinstitutionen unnötige Hürden und im weitesten Sinne Denkverbote. Forschungssemester an einer ausländischen Universität sind ganz einfach eine Bereicherung. Sie geben Anstoss dazu, eingefrorene Denkmuster infrage zu stellen und etwas neu zu denken.

In der Begründung des SVP-Antrags heisst es salopp, die beiden Fachhochschulen könnten mehr Drittmittel generieren und Partnerschaften mit Unternehmen und privaten Gönnern eingehen. Zudem sollten sich die beiden Fachhochschulen – ich zitiere – «auf das Wesentliche konzentrieren, auf Wünschbares verzichten und ungezügelter Wachstum vermeiden». Ja, was heisst «Wünschbares» konkret? Nur das, was sich die SVP wünscht? Was heisst «das Wesentliche»? Nur das, was die SVP als wesentlich definiert? Was ist mit «ungezügelter Wachstum» gemeint? Und wollen wir mehr Drittmittel von Unternehmen und Privaten, wenn sie denn überhaupt vorhanden sind?

Wollen wir mit mehr Drittmitteln die unabhängige Forschung und die Grundlagenforschung aufs Spiel setzen?

Bildung gehört für die Alternative Liste zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben. Bildung muss uns etwas wert sein. Gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger sind die einzige Ressource der Schweiz. Die Alternative Liste lehnt darum diese destruktiven Vorschlaghammer-Sparanträge der SVP ab.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Die BDP lehnt den Minderheitsantrag ab, bei der ZHAW und der ZHdK 30 Millionen einzusparen. Diese Einsparungen wären für die Fachhochschulen einschneidend. Wir stehen zu den Fachhochschulen. Eine Einsparung von 9 Prozent würde einen massiven Abbau bei den Fachhochschulen bedeuten. Wenn wir sparen wollen, dann bitte mit konkreten Massnahmen. Aus unserer Sicht müssen die Fachhochschulen nicht saniert werden. Wir erachten es auch nicht als schlechtes Signal, wenn Mittelschülerinnen oder Uni-Studenten an die Fachhochschule wechseln. Die Fachhochschulen gehören zu unserem dualen Bildungssystem und bieten für junge Leute eine gute Möglichkeit, anstelle einer universitären Karriere eine Fachkarriere via Fachhochschule einzuschlagen. Die Bildung ist unser einziger Rohstoff – und unser wichtigster. Machen wir nicht den Fehler, unser wichtigstes Gut in unserem Land so zu beschneiden, dass wir irgendwann zweit- oder drittklassig werden. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Herr Trachsel (*Jörg Trachsel, der in diesem Moment gerade den Ratssaal verlässt*), ich hoffe, Sie hören mich auch von hier hinten und verstehen mich.

Ich spreche zu diesem Konto und gleichzeitig zu den Gegenkonti 9710, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, ZHAW, und 9720, Zürcher Hochschule der Künste, ZHdK. Die Budgets der Kantonalen Gewerbeschule und Höheren Handelsschule und der Kunstgewerbeschule, heutzutage nobel Hochschulen genannt, werden auch im nächsten Budgetjahr weiter aufgebläht. Und die prognostizierte Anzahl Schüler oder, nobel genannt, Studierende, steigt weiter, das dazu benötigte Personal auch, aber überproportional. Mittels Reduktion der Staatsbeiträge um 20 respektive 10 Millionen Franken soll dem unkontrollierten Budgetwachstum dieser beiden kantonalen Kostentreiber Einhalt geboten werden. Geschieht dies noch vor dem Hintergrund einer sich erst abflachenden Konjunktur, so können die bisher unbekümmert ins Blaue planenden Schulleitungen noch relativ

schmerzlos Gegensteuer geben und die dazu nötigen Massnahmen einleiten.

Insbesondere dem hemmungslosen Wachstum der ZHAW, deren Personalbestand innert der letzten Jahre um fast 20 Prozent gestiegen ist und bis ins Planjahr 2019 nochmals um 10 Prozent steigen soll, muss Einhalt geboten werden. Was die Vielzahl verschiedener Master- und Diplomabschlüsse an der ZHAW betrifft, müssen auch Fragen betreffend Qualität versus Quantität gestellt werden. Wie schon anlässlich der letzten Budgetdebatte dargelegt, braucht es nicht für jedes Nischenprodukt einen MAS (*Master of Advanced Studies*), einen CAS (*Certificate of Advanced Studies*) oder einen DAS (*Diploma of Advanced Studies*). Und das Weiterbildungskursangebot muss radikal ausgedünnt werden, macht es doch dem Luxusangebot jedes internationalen Feriendorfbetreibers grösste Ehre. Die ZHAW und die ZHdK und deren Lehr- und Lernqualitäten sind für unseren Kanton von enormer Bedeutung. Beide Lehranstalten dürfen nicht weiter ungezügelt in die Breite wachsen. Dem ungezügelt quantitativen Wachstum beider Institutionen muss Einhalt geboten und das Wesentliche vom Wünschbaren getrennt werden.

Überweisen Sie deshalb diesen Budgetantrag. Ich danke Ihnen.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Sehr geehrter Herr Amrein, es ginge vielleicht auch etwas sachgerechter. Schon der Antragsteller Matthias Hauser hat die Weiterbildung in den Kontext dieses Budgetantrags gerückt. Die gehört da einfach nicht hin. Man kann diese MAS-, CAS- oder DAS-Abschlüsse sinnvoll finden oder nicht, man kann sie besuchen oder nicht. Man kann schauen, vielleicht ist die Höhere Berufsbildung der klügere Weg für die meisten, die auf die duale Schiene kommen, aber mit dem Budget haben sie einfach nichts zu tun, beziehungsweise mit dem Beitrag, den der Kanton den Zürcher Fachhochschulen zur Verfügung stellt, haben sie nichts zu tun, weil diese Weiterbildung per Definition Vollkostenrechnungen darstellen. Egal also, ob Sie Hunderte solcher Weiterbildungsangebote in die Erde versenken würden oder nicht, der Beitrag des Kantons bliebe gleich. Deswegen sollten wir beim Budget nicht über die Weiterbildung sprechen. Darüber kann man sprechen – man kann Vorstösse machen –, wenn es eine andere Debatte ist, eine bildungspolitische und nicht eine Budgetdebatte. Es gibt bildungspolitische Punkte rund um die Entwicklung der Fachhochschulen, die man kritisch betrachten kann. Es gibt Studiengänge, bei denen es logisch ist, dass vorher keine duale Berufsbildung lief, weil es sie nämlich nicht gibt. Und es gibt andere

Studiengänge, bei denen man sich durchaus kritisch fragen darf: Wie hat sich der Anteil der gymnasial Vorgebildeten, also derer, denen die duale Erfahrung abgeht, entwickelt? Auch hier ist aber die Budgetdebatte schlicht und ergreifend der falsche Ort für die Diskussion. Wenn Sie das kritisch betrachten – es gibt Gründe dafür, das kritisch zu betrachten, weil die Fachhochschulen nicht Universitäten zweiter Klasse werden sollen –, wenn Sie das kritisch betrachten: Auch hierzu gibt es die Möglichkeit parlamentarischer Instrumente, die zielgenau greifen. Ein Budgetantrag tut das nicht. Wenn Sie hier kürzen, ändern Sie damit nicht ein Jota und nicht ein einzelnes Ergebnis im Rahmen dieser Entwicklung.

Sehr viel Sorge entnehme ich diesem Rat und dieser Debatte über die Entwicklung der Fachhochschule und darüber, dass sie den Kanton jährlich mehr kostet. Von «Kostentreiber» ist die Rede. Das ist so gemeint, und das ist nicht ein Kostentreiber – im Übrigen, die Kosten pro Studierenden sinken, wenn Sie die Zahlen im KEF anschauen –, sondern das ist ein Produktivitätstreiber für unsere Volkswirtschaft, zusammen mit der dualen Bildung, zusammen mit den universitären Hochschulen. Wer nur Kosten sieht, wird nie etwas gewinnen. Und wer dann den Rotstift hier ansetzt, zumal noch mit diesen Begründungen, der schadet nicht nur der Bildung, der schadet auch der Volkswirtschaft. Ich betrachte diese Entwicklung nicht mit Sorge, ich betrachte sie mit Freude und mit Stolz, immer mit Blick darauf, dass wir gleich lange Spiesse zwischen Berufsbildung und Hochschulwelt erhalten müssen. Aber hier zu kürzen, dafür gibt es mit diesen Begründungen ganz sicher keinen Anlass. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Nur rasch zu Ralf Margreiter wegen der Vollkostenrechnung: Das stimmt ganz sicher, wenn man die Personalkosten pro Stunde, die es dort sind, die Materialkosten, wenn man diese Dinge, die sich einfach errechnen lassen, einbezieht. Aber das mit den Vollkosten, das wage ich doch sehr, sehr anzuzweifeln. Die allgemeinen Administrationskosten, die solche Kurse verursachen, die Raumkosten anteilmässig, dass die Räume dort sind, und die technische Installation in diesen Räumen – jeder, der mit solchen Kursen und Angeboten zu tun hat, der weiss, dass diese Dinge sich kaum verrechnen lassen. Und der weiss auch, dass durchaus auch Leute, die ein Pensum unterrichten an der Fachhochschule, sich so noch am Abend ein Pensum geben, und dass vielleicht sogar die eine oder andere Stelle weniger notwendig wäre, wenn alle nur das unterrichten würden, was eben nicht in die Weiterbil-

dungsangebote hineingehen würde. Es wäre also dann sogar die Personaladministration günstiger. Es lohnt sich wirklich, hier einmal einen Blick drauf zu werfen, und dafür müssen Sie auf der Kostenseite ein bisschen Druck aufbauen.

Dann möchte ich den Rat noch daran erinnern: Sowohl die Pädagogische Hochschule als auch die Zürcher Hochschule der Künste befinden sich in komplett neuen Liegenschaften. Daher ist es sehr komisch, im KEF die Begründung «Erneuerungsinvestitionen» in dieser Höhe zu lesen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Wenn ich es richtig verstanden habe, müssten die Fachhochschulen sparen, damit man mehr in die Mittelschulen investieren könnte. Mit dieser Form von Symbolpolitik habe ich ein bisschen Mühe. Wir müssen unbedingt vermeiden, die verschiedenen Bildungssysteme gegeneinander auszuspielen, wir brauchen sie nämlich alle. Ebenso kann ich nicht ganz nachvollziehen, dass man sich über den Fachkräftemangel beklagt und gleichzeitig bei den entsprechenden Ausbildungsstätten sparen will. Des Weiteren habe ich auch mit dem Begriff «ungezügelter Wachstum» in diesem Antrag meine liebe Mühe. Es war ja immer das Ziel der Regierung, dem Kantonsrat eine schwarze Null im Budget vorzulegen. Sparen kann aber auch heissen, dass die Kosten trotz steigender Studierendenzahlen auf dem gleichen Niveau gehalten werden, und das ist hier der Fall.

Zum einen: Die ZHdK entwickelt sich keineswegs ungezügelt weiter, da das leichte Studierendenwachstum gegenüber 2014 – es wurde bereits erwähnt – gerade einmal 2 Prozent beträgt, und dies erst noch wegen eines neuen Studiengangs. Es besteht ein Numerus clausus, der kein übermässiges Wachstum zulässt.

Und schliesslich noch zu den Investitionen: Hier wird leider verkannt, dass nicht einfach alles weggeworfen wurde, was die zusammengeführten Institutionen besassen. Material, Instrumente, Computer und auch die Büromöbel sind ins Toni-Areal mitgenommen worden. Es besteht ein normaler Erneuerungsbedarf wie bei allen anderen Betrieben auch. Die Kürzung von 10 Millionen Franken an den Staatsbeiträgen für die ZHdK würde bedeuten, dass sie ihre Miete auf dem Toni-Areal nicht mehr bezahlen und die Abschreibung nicht mehr tätigen könnte. Die Mehrkosten müssten auf die Studierenden überwältzt werden.

Bei der Investitionsrechnung hätte die Kürzung von 2,5 Millionen Franken zur Folge, dass der ZHdK nur noch 200 Franken pro Student

für Anschaffungen verblieben. Zu diesen gehören neben den Büromöbeln und Computern auch die technischen Geräte, die im üblichen Turnus erneuert werden müssen. Das ist nur ein Aufschub, für 2017 läge der Betrag dann dennoch wieder in diesem Rahmen. Und 2016 fielen dementsprechend mehr Reparaturkosten an.

Zur ZHAW, zu der ich hier auch noch etwas sage, bevor Sie vermutlich in die Pause gehen dürfen (*Heiterkeit*), ich habe ja nicht darüber zu befinden: Im Jahr 2014 studierten an der ZHAW 10'767 Personen. Für 2016 sind 11'411 berechnet. Diese Zunahme ist konstant. Die Kürzung um 20 Millionen Franken würde dazu führen, dass der Kostenbeitrag von 14'399 auf 13'128 Franken herunterginge. Das ist eine Kürzung von 14,75 Prozent pro Student. Das Problem ist, dass das Wachstum nicht über eine Zulassungsbeschränkung gesteuert werden kann, da es in der Lehre keine Zulassungsbeschränkungen gibt. Eine abgeschlossene Berufslehre mit Berufsmittelschule erlaubt den Eintritt in die ZHAW. Auch lassen sich die Rechtsgrundlagen nicht so kurzfristig ändern, man wird die Zunahme der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren stemmen müssen. Und wenn man sparen müsste – das auch noch nur so «by the way» –, müsste man das beim teuersten Bereich tun, bei den MINT-Fächern, also Technik und Life Sciences, in den Bereichen Wirtschaft, Sozialarbeit und Psychologie liegt Zürich weit hinter den anderen Kantonen. Hier komme ich wieder zum Stichwort «Fachkräftemangel». Also wenn wir dort sparen, dann verhindern wir eben die Ausbildung von Fachkräften. Ich verrate Ihnen aber kein Geheimnis, wenn ich heute sage, dass wir nicht nur im Rahmen der Leistungsüberprüfung laut über einen Numerus clausus an der ZHAW nachdenken. Ob das dann der Bekämpfung des Fachkräftemangels zudienlich ist, weiss ich nicht. Sie werden sich dann sicher zu gegebener Zeit auch dazu äussern dürfen.

Lehnen Sie diese Anträge bitte ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 38a mit 119 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7407, Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Die Beratung der Vorlagen 5226a und 5225a wird unterbrochen.

Fraktionserklärung der SVP zur Kleidervorschrift in einer Sekundarschulklasse in Gossau

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ja, Markus Bischoff hat es richtig erraten, es geht ums Edelweiss-Hemd und die Volksschule. Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der SVP.

Wir befinden uns mitten in der Schweiz, genauer gesagt im Kanton Zürich, und im 21. Jahrhundert und da verbietet doch tatsächlich eine Sekundarlehrerin aus Gossau zehn Schülern das Tragen des urschweizerischen Edelweiss-Hemdes. Eine solche Garderobe sei – Zitat – «rassistisch und ausländerfeindlich». Selbst der Schulleiter soll vor – Zitat – «Extremformen» gewarnt haben.

Da haut es einem ja wirklich fast den Nuggi raus. Da feiert seit einigen Jahren das sogenannte Äplerhemd ein wahres Comeback. Ein bisschen Alpenchic kommt zumindest im Modesektor immer gut an. Das Hemd wird salonfähig und assoziiert ein bisschen Heimatliebe und Stolz. Und schon wird es an unseren staatlichen Volksschulen als rassistische Extremform wahrgenommen, und das stimmt wirklich bedenklich. Haben denn unsere Lehrerinnen und Lehrer an der Sekundarschule vergessen, dass sie eigentlich die ihnen anvertrauten Jugendlichen auf das Berufsleben – genau über das haben wir ja vorhin gesprochen –, auf die Lehre oder aufs Gymnasium vorbereiten sollten? Das Verbot von Edelweiss-Hemden gehört sicher nicht in den Kompetenzbereich einer Lehrperson.

Es mag sich um einen Ausrutscher gehandelt haben, so will man es jetzt auf jeden Fall hinstellen. Dennoch frage ich mich, ob es richtig ist, dass solche Personen im Staatsdienst und damit für die Schweiz und für den Kanton Zürich im Umgang mit Jugendlichen am richtigen Ort sind. Eine solch verzerrte Wahrnehmung gehört nicht an die Schule. Gerichte erlauben auf der einen Seite Kopftücher an Schulen und die Lehrer verbieten Edelweiss-Hemden in den Klassenzimmern. Das ist doch wahrlich eine verkehrte Welt, zumindest in den Augen der SVP.

Eigentlich sind ja die Uniformen an unseren Schulen abgeschafft. Und trotzdem, das wissen wir alle, tragen oftmals ganze Schulklassen Bluejeans. Aber ich habe ja vergessen, die kommen aus Amerika, und die Botschaft hier ist eine ganz andere als diejenige der Trägerinnen

1958

und Träger von Edelweiss-Hemden. Aber daran stört sich niemand, nicht einmal die Lehrerin aus Gossau im Zürcher Oberland.

Wir rufen den Edelweiss-tragenden Schülern aus Gossau zu: Die SVP-Fraktion ist stolz auf euch, der Kanton Zürich und die Schweiz brauchen euch! (*Oh-Rufe von der linken Ratsseite.*) Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Fraktionserklärung der Grünen zur Klimakonferenz in Paris

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der Grünen mit dem Titel «Vom Ende des fossilen Zeitalters».

Dieses Wochenende hat die Welt einen Vertrag geschlossen. Nach langen Verhandlungen in Paris haben schliesslich alle 196 Staaten den Klimavertrag unterzeichnet. Die Reaktionen fallen von verschiedensten Seiten durchwegs positiv aus. Man spricht von einem historischen Ereignis, ja gar von einem Wendepunkt in der Klimapolitik. Nach dem Scheitern der Konferenz in Kopenhagen, besteht nun ein Abkommen, an das viele nicht mehr geglaubt hatten.

Um was geht es? Erstmals haben alle Staaten einen Vertrag unterzeichnet mit dem klaren Ziel die Erwärmung deutlich unterhalb von 2 Grad zu halten. Dazu kommt die Absicht, sogar 1,5 Grad anzustreben. Die CO₂-Emissionen sollen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Null erreichen. Dies bedeutet nichts anderes als das Ende des Zeitalters fossiler Energien. Es ist ein starkes Signal an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik: Öl, Gas und Kohle haben keine Zukunft, sie werden im Boden bleiben. Gerade für Investoren ist dies ein klares Zeichen, Anlagen in Öl-Firmen und anderen Fossilien werden finanziell riskant. Geld wird mehr und mehr abgezogen werden aus diesen Sektoren. Dies wird uns auch im Kanton Zürich noch beschäftigen, Stichwort «Divestment».

Natürlich hatten wir als Grüne mehr erwartet. Es braucht klare Reduktionspfade und ebenfalls braucht es entsprechende Sanktionen. Doch dieser Vertrag, wie er dieses Wochenende beschlossen wurde, zeigt klar: Die Zeit der billigen Ausreden ist vorbei. Das gilt auch für diesen Rat. Wir setzen die Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Setzen wir sie auf Zukunft. Setzen wir die Rahmenbedingungen für eine sichere Zukunft für zukünftige Generationen! Der Ausstieg aus den fossilen Energien ist kein Problem der technischen Machbarkeit. Es ist ein Problem des politischen Wil-

lens. Mit dem Vertrag von Paris ist es nicht getan. Es ist erst der Anfang.

Die Beratung der Vorlagen 5226a und 5225a wird fortgesetzt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, die Tür zu schliessen und den Lärmpegel zurückzufahren. Wir fahren weiter. Sie alle möchten das Budget heute Abend fertig beraten haben, dazu müssen wir etwas diszipliniert vorgehen.

Leistungsgruppe 7501, Kinder- und Jugendhilfe

Ratspräsidentin Theresia Weber: Zu dieser Leistungsgruppe liegen zwei Minderheitsanträge vor. Ich mache Ihnen beliebt, die beiden Anträge gemeinsam zu beraten und separat abzustimmen. Sie sind damit einverstanden.

39a. Minderheitsantrag von Rochus Burtscher, Anita Borer, Matthias Hauser und Peter Preisig (KBIK):

Verbesserung: Fr. 1'500'000

Eine generelle Einsparung in der Höhe von 1,5 Mio. Franken ist vertretbar.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich rede zuerst zu den 1,5 Millionen Franken. Die 1,5 Millionen Franken machen knapp rund 1 Prozent aus. Wenn man die Indikatoren liest, kommt man rasch zum Schluss, dass sich dieser Betrag leicht einsparen lässt, und zwar über eigene Beiträge. Auch bei diesem Antrag sind wir uns bewusst, dass die Regierung bereits eine massive Einsparung von 2,7 Millionen Franken vorgenommen hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen hier gewiss einen guten Job. Dennoch müssen wir uns von gewissen Aufgaben zu lösen beginnen, die nicht Aufgaben des Staates sind, wie zum Beispiel hier die KKBB (*Kleinkinderbetreuungsbeiträge*). Diese 1,5 Millionen Franken sollen ein Anstoss sein, sich auch zu überlegen, wo wir was über Bord werfen können. Verzichten ist angesagt, bitte unterstützen Sie diesen Minderheitsantrag.

Ich spreche jetzt noch zum Minderheitsantrag von Monika Wicki auf Verschlechterung um 2 Millionen. Die SP möchte gern Kinder aus

sogenannten Risikofamilien finanziell unterstützen oder, anders gesagt, eine staatlich finanzierte Vollkaskoversicherung für Eltern inthronisieren. Das Leben ist das grösste Risiko und wir sollten den Eltern nicht alle Steine aus dem Weg räumen. So ist man ganz schnell in einer staatlich finanzierten Wohlfühloase, wo die Eigenverantwortlichkeit begraben werden soll.

Die SVP unterstützt die Mehrheit der KBIK-Meinung und lehnt diesen Minderheitsantrag Wicki ab. Danke.

40a. Minderheitsantrag von Monika Wicki, Karin Fehr Thoma, Jacqueline Peter, Moritz Spillmann und Judith Stofer (KBIK):

Verschlechterung: Fr. 2'000'000

Es müssen Mittel zur Unterstützung von Kindern aus Risikofamilien zur Verfügung gestellt werden. Der Entwicklungsschwerpunkt «Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen verbessern und die Familie als Lernort stärken» soll auch umgesetzt werden und sich in der Planung in einer Steigerung bei den Indikatoren L12 und W11 abbilden. Dies umso mehr, weil die Kleinkinderbetreuungsbeiträge voraussichtlich abgeschafft werden.

Monika Wicki (SP, Wald): Wir fordern Taten statt Worte. Mit 2 Millionen sollen die Begleitung von Kindern aus Risikofamilien und der Aufbau von Angeboten der frühen Förderung durch das AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) besser unterstützt werden können. Mit den Geschäften 297/2013 und 25/2014 wurden soeben die Kleinkinderbetreuungsbeiträge abgeschafft. Rund 1000 Familien werden im kommenden Jahr zur Sozialhilfe gehen oder nur noch Sozialhilfe beziehen. Es wurde versprochen, dass die freiwerdenden Gelder in die frühe Förderung fliessen sollen. Zahlreiche Gemeinden sind sich dessen aber nicht bewusst. Ich habe nachgefragt. Bei uns, in meiner Wohngemeinde, weiss die RPK (*Rechnungsprüfungskommission*) also noch nichts von ihrem Glück.

Indem für das AJB 2 Millionen Franken zusätzlich eingestellt werden, kann es die Gemeinden begleiten, Angebote der frühen Förderung aufzubauen und so Kinder aus Risikofamilien besser begleiten. Der Regierungsrat hat dem AJB den Entwicklungsschwerpunkt «Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühintervention verbessern und die Familie als Lernort stärken» gegeben. Dieser Entwicklungsschwerpunkt soll auch umgesetzt werden und sich in der Planung in einer Steigerung der Leistungsgruppe L12, Anzahl Erziehungs- und Familienberatungsaufträge, abbilden können. Wir sind

sehr froh, dass Sie dieser ungezügelter Sparwut ein Ende gesetzt haben, und wir danken Ihnen für die Unterstützung der jungen Familien über diesen zusätzlichen Betrag für die Arbeit im AJB.

Und ich spreche jetzt gleich auch noch zum Kürzungsantrag, ist das richtig? Die SP stellt sich selbstverständlich auch entschieden gegen diese Kürzung im Budget. Dieser Vorstoss ist mit der Begründung «Es wird vom AJB erwartet, dass eine generelle Einsparung in der Höhe von 1,5 Millionen vertretbar ist» eindeutig ungenügend begründet. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie man über Jahre hinweg Unternehmen und den Reichsten der Menschen Steuergeschenke machen kann und dann sagt, jeder soll nun einen sportlichen Beitrag zur Sparrunde machen. Mir leuchtet dieses Vorgehen nicht ein. Und gerade im Bereich des Amtes für Jugend und Berufsberatung, wo es um Prävention und Begleitung von Kindern und Jugendlichen geht, um Startchancen für ihr Leben, ist es nicht nachvollziehbar. Aufs tägliche Leben umgedeutet, wird vom AJB erwartet, einfach Suppe zu essen oder Suppe anzubieten anstelle einer richtigen Mahlzeit. Ob dies den Kindern und Jugendlichen dann gut bekommt, muss Nebensache bleiben. Wir erwarten eine klare Überprüfung der Prozesse und Leistungen, bevor generelle Kürzungen ausgesprochen werden. Wir erwarten auch, dass klar gesagt wird, wo gespart werden soll, wenn man denn unbedingt Leistungen abbauen will. Und wir erwarten im Grunde genommen bei Leistungsabbau vorgängig eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen.

Einmal mehr: Wir lehnen diesen Sparantrag ab.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Zum Antrag von Rochus Burtscher hält die Kommissionmehrheit Folgendes fest: Ein Sparauftrag in der Höhe von 1 Prozent des Aufwands mag tatsächlich gering erscheinen. Doch in einer Leistungsgruppe, in der viele gebundene Kosten enthalten sind, die sich aufgrund von gesetzlichen Verpflichtungen ergeben, ist der Handlungsspielraum kleiner, als es den Anschein macht. Die Mehrheit der KBIK sieht keine Veranlassung, in dieser Leistungsgruppe – und nur in dieser Leistungsgruppe – eine generelle Kürzung zu unterstützen. Wir beantragen Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Im Namen der Kommissionmehrheit beantrage ich Ihnen auch, dem Antrag von Monika Wicki nicht Folge zu leisten. Mit diesem Antrag soll eine gewisse Kompensation für die Abschaffung der KKBB ermöglicht werden. Dazu ist festzuhalten, dass die KKBB-Gelder in den Gemeinden wegfallen und nicht beim Kanton. Insofern gibt es auf

Kantonebene nichts zu kompensieren. Mindestens ein Teil der KBIK wäre aber durchaus interessiert, mehr in die frühe Förderung zu investieren. Dazu sind aber konzeptionelle und auch gesetzliche Vorarbeiten nötig und natürlich entsprechende Beschlüsse dieses Rates. Gelegenheit hierzu bieten die Vorstösse von FDP und SP im Bereich der frühen Sprachförderung sowie die ebenso auf der Traktandenliste stehenden PI der SP zur Stärkung der Familien im Bereich der Erziehungskompetenz und allenfalls auch das bald in der Kommission zur Beratung anstehende Kinder- und Jugendheimgesetz. Heute aber quasi auf Vorrat 2 Millionen Franken zusätzlich im Budget einzustellen, ist nicht sinnvoll. Lehnen Sie auch diesen Antrag ab. Besten Dank.

Cäcilia Hänni (FDP, Zürich): Die FDP lehnt den Kürzungsantrag von 1,5 Millionen wie auch den Ausbau um 2 Millionen ab. Die Begründung liegt darin, dass die KBIK im Moment tatsächlich mehrere Pendenzen hat, die gesetzliche Neugrundlagen schaffen sowohl im Kinder- und Jugendhilfegesetz wie auch eben mit der parlamentarischen Initiative der SP und der Motion der FDP zur Förderung der Kleinkinder im Bereich der deutschen Sprache vor Schuleintritt. Bevor diese neuen gesetzlichen Grundlagen nicht geschaffen werden, denke ich, macht es keinen Sinn, jetzt am Budget in diesen Bereichen zu schrauben. Deshalb lehnen wir jegliche Veränderungen ab.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Auch hier folgen wir dem ausgewogenen Regierungsantrag und lehnen die unrealistischen Sparanträge mit dem Rasenmäher von rechts und die unnötigen Forderungen mit der Giesskanne von links ab.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Es gibt Kürzungsanträge, denen man getrost zustimmen kann, dieser Antrag aber, geschätzte SVP, ist ein himmeltrauriger Kürzungsantrag ohne jegliche Grundlage. Da geht der Mann mit dem Rotstift hin und streicht einfach Beiträge zusammen, nur damit das Budget nachher besser aussieht. Die KKBB wurden ersatzlos gestrichen. So weit, so gut. Aber mit welcher Begründung dann 1,5 Millionen Franken für die gleiche Zielgruppe aus dem Budget gestrichen werden, das ist mir schleierhaft, das muss man erst mal erklären.

Die Gemeinden erhalten mit der Streichung der KKBB eine grosse finanzielle Entlastung. Aber man muss unbedingt beobachten, wie sich die Situation für finanziell schwache Familien nach der Streichung der Beiträge weiterentwickeln wird. Es wird also die Schwä-

cheren unserer Gesellschaft treffen. Lange nicht jedes Kind in unserem reichen Kanton hat einen guten Start ins Leben, aus welchen Gründen auch immer. Und deshalb wachsen auch nicht alle auf Rosen gebettet auf. Es ist deshalb umso wichtiger, diese Kinder gezielt und da, wo notwendig, zu unterstützen, sodass sie dereinst als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft leben können und nicht von der Sozialhilfe abhängig werden. Dieser Antrag ist auch in der Kommission nicht auf Gegenliebe gestossen, ich hoffe sehr, dass Sie diesem für mich unverständlichen Sparantrag ebenfalls eine klare Abfuhr erteilen. Grüne und CSP werden dies auf jeden Fall tun.

Ich komme gleich noch zum nächsten Minderheitsantrag, zu den 2 Millionen. Im vorangehenden Votum habe ich bereits die Gründe für die Sparübung, wie sie die SVP wünscht, hingewiesen. Diese 2 Millionen zulasten des Budgets sind kein «Nice-to-have», sondern notwendig, damit die frühkindliche Förderung bei Risikofamilien trotzdem bestehen bleibt. Beitragsleistungen nach dem Giesskannenprinzip zu verteilen, macht keinen Sinn. Auch wir müssen nicht etwas am Leben erhalten, das dem Zweck nicht dient und sich letztlich als untaugliches und teures System entwickelt. Aber so wenig, wie klar war, welche Familien wirklich auf einen Zuschuss angewiesen sind, so wenig wissen wir, wie viele Familien theoretisch einen Anspruch auf Zusatzleistungen hätten, dies aber nie eingefordert haben. Mit dem Wegfall der Kleinkinderbetreuungsbeiträge haben wir im Rat die Gemeinden entlastet, aber es wird zweifellos Familien geben, die das Fehlen der Kleinkinderbetreuungsbeiträge schmerzlich trifft. Die Gemeinden sind nun angehalten, dafür zu sorgen, dass in Armut lebende Familien weiterhin einen Unterstützungsbeitrag erhalten und dass sie nicht zuerst den Weg über die Sozialhilfe antreten müssen. Es muss deshalb verhindert werden, dass vor allem Alleinerziehende in die Abhängigkeit der Sozialhilfe rutschen und damit letztlich die kleinen Kinder benachteiligt werden. Die Regierung hat sich schliesslich bei ihren Legislaturzielen die Verbesserung der Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühintervention, die frühe Förderung sowie die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und die Erleichterung des Zugangs zur Familienhilfe und die Stärkung der Familie als Lernort auf die Fahne geschrieben. Daher sehen wir den Beitrag von 2 Millionen als zwingend und nicht als Giesskannenprinzip. Wir bitten um Unterstützung.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Ich spreche zum Kürzungsantrag und zum Antrag von Monika Wicki gleichzeitig.

1964

Zum Kürzungsantrag: Das Budget des AJB wurde für das kommende Jahr bereits um 2,7 Millionen Franken gekürzt. Eine zusätzliche Kürzung um 1,5 Millionen Franken wäre schwierig umzusetzen, da das AJB viele gebundene Kosten aufweist. Die Alternative Liste sagt darum Nein zu diesem Rasenmäher-Kürzungsantrag.

Zum Antrag von Monika Wicki: Die Alternative Liste unterstützt den Minderheitsantrag von Monika Wicki und stimmt damit einer Budgetverschlechterung von 2 Millionen Franken zu. Unserer Meinung nach soll und kann sich der Kanton mehr in der Frühförderung engagieren. Je früher die Förderung einsetzt, desto eher können allfällige spätere sonderpädagogische Massnahmen eingespart werden.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Bildungsdirektion – es wurde hier bereits mehrfach gesagt – hat schon eine massive Kürzung von 2,7 Millionen in diesem Posten vorgenommen. Die Begründung, angesichts des Gesamtbudgets des AJB handle es sich beim beantragten Kürzungsantrag nur um einen kleinen Betrag, greift zu kurz. Das AJB hat viele gebundene Kosten, die auf gesetzlichen Verpflichtungen basieren, somit ist der Handlungsspielraum eben nicht so gross. Zudem sind in dieser Leistungsgruppe die beiden strategischen Rechtsetzungsprojekte, die Stipendienreform, wohlverstanden ein Auftrag dieses Rates, und die Totalrevision Kinder- und Jugendheimgesetz zu bewältigen, ebenfalls mit ganz dringlichem Handlungsbedarf.

Zum Antrag von Monika Wicki auf Verschlechterung des Budgets: Es ist wahrscheinlich ein berechtigtes Anliegen, dass man sich um die frühkindliche Förderung kümmert, das haben wir ebenfalls erkannt. Aber hier, muss ich Ihnen sagen, liegt der Ball bei den Gemeinden. Die freiwerdenden Gelder aus den KKBB sind von den Gemeinden entsprechend einzusetzen. Das war auch Sinn und Zweck der Abschaffung der KKBB. Der Kanton ist nicht nahe genug bei den Betroffenen, die Sozialhilfeämter haben hier den besseren Durchblick und können diese Gelder gezielt einsetzen. Lehnen Sie bitte beide Anträge ab.

Abstimmung über den Minderheitsantrag 39a

Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 39a abzulehnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Minderheitsantrag von Monika Wicki untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung über den Minderheitsantrag 40a

Der Kantonsrat beschliesst mit 112 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 40a abzulehnen.

Leistungsgruppe 7502, Studien- und Laufbahnberatung

41. Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -18'526'100

neu: Fr. -18'405'100

Verbesserung: Fr. 121'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen, als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u. a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwands pro Vollzeitstelle zwischen 2015 und 2016 die Vorgaben der Regierung von 0,0% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2016 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle von 96'000 Franken (gemäss Seite 31, KEF 2016-2019).

41a. Minderheitsantrag von Sabine Sieber, Ralf Margreiter und Martin Sarbach (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich mache es nicht lang, aber ich muss es trotzdem sagen, nachher sind Sie mich los. Diese Kürzung erfolgte zu Unrecht. Wir haben der Finanzdirektion mit Schreiben vom 27. Oktober 2015 zuhanden der FIKO dargelegt, dass der Anstieg der durchschnittlichen Lohnsumme pro VZE aufgrund einer fehlerhaften Darstellung der Stellen im Budget 2015 erfolgt ist. Wenn Sie dem jetzt zustimmen, gehe ich halt davon aus, dass Sie die Bildungsdirektion wegen dieses Fehlers abstrafen, aber es keine sachlichen Spargründe dahinter hat.

1966

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 41 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 41a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 110 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 121'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 7930, Berufsbildungsfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich verabschiede die Bildungsdirektorin und wünsche ihr einen schönen Tag und alles Gute.

8 Baudirektion

Leistungsgruppe 8000, Generalsekretariat

Ratspräsidentin Theresia Weber: Hier liegt ein Folgeantrag der FIKO vor, dieser wird erst später behandelt.

Es liegt ein weiterer Antrag vor, es ist ein Antrag der KP/B/FIKO, den diskutieren wir jetzt.

43. Antrag KP/B/FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -6'570'000

neu: Fr. -6'000'000

Verbesserung: Fr. 570'000

Die Kosten für die Migration der Hard- und Softwareumgebung 2016 sollen auf 6 Mio. Franken reduziert werden.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der (Kommission für Planung und Bau (KP/B): Nach Auskunft der Baudirektion liegt die grosse Kostendifferenz zwischen der Migration 2010 und 2016 in der unterschiedlichen Software-Lizenzierung der Windows-Produkte, Betriebssystem Windows 10 und Microsoft Office. Mit Windows 10 hat Microsoft (*US-amerikanischer Software-Konzern*) die Lizenzmodelle soweit angepasst, dass in einer professionellen Umgebung praktisch

ein Zwang besteht, einen entsprechenden Wartungsvertrag abzuschliessen. Die Mehrkosten, über sechs Jahre gerechnet, betragen für ein Modell mit Wartung circa 1,5 Millionen. Die Mehrheit der KPB nimmt die Erklärung der Baudirektion zur Kenntnis, kann aber nicht nachvollziehen, dass die Kosten im Vergleich zur Migration 2010 um so viel höher liegen sollen. Der ursprünglich angedachte Antrag wurde deshalb gekürzt, aber nicht einfach gestrichen. Eine gewisse Einsparung wird und muss möglich sein.

Die Minderheit stützt den Antrag des Regierungsrates. Sie sieht nicht, wie die genannten fixen Lizenzkosten des Quasi-Monopolisten Microsoft innert nützlicher Frist gesenkt werden könnten.

Als Präsident der vorberatenden Sachkommission beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

43a. *Minderheitsantrag von Martin Neukom, Theres Agosti, Jonas Erni, Andrew Katumba und Thomas Wirth (KPB):*

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Es ist immer wieder bemerkenswert, mit welcher Willkür hier irgendwo Sachen zusammengestrichen werden in diesem Budget. In diesem Antrag geht es um die Reduktion von einer halben Million für die Software- und Hardware-Erneuerung. Die Verwaltung hat uns erklärt, dass es hierbei darum geht, dass die Lizenzmodelle von Microsoft geändert haben und das darum mehr kostet. Natürlich ist das eine Schweinerei, dass Microsoft ihre Lizenzmodelle anpasst, weil alle ein bisschen abhängig sind von Microsoft. Jetzt ist aber die Verhandlungsposition des Kantons Zürich beziehungsweise dessen Verwaltung mit Microsoft wahrscheinlich relativ schwach, das heisst, ich gehe nicht davon aus, dass diese Lizenzkosten jetzt von heute auf morgen reduziert werden können. Natürlich kann man langfristig darüber reden, ob man umsteigen soll auf Open Source (*frei verfügbare Software*), das würde ich natürlich begrüßen, hat aber jetzt mit diesem Antrag nichts zu tun. Das heisst, es muss wieder mal irgend sonstwo eingespart werden. Und grundsätzlich müssen Sie ja verstehen, Sparen an Infrastruktur ist in dem Sinn immer sinnlos, denn wenn man mit ineffizienter Infrastruktur arbeitet, ist man weniger effizient. Das bringt also nichts, am Schluss stehen wahrscheinlich sogar Mehrkosten an.

Also, liebe FDP, sparen Sie mit konkreten Vorstellungen und nicht mit irgendwelchen allgemeinen «Ja, da kann man schon irgendwo ein wenig einsparen». Wir lehnen diesen Antrag ab.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Die SVP unterstützt diese Kosteneinsparung von 570'000 Franken. Die Migration ist notwendig, das ist uns bewusst. Wir vertreten aber die Meinung, dass mit 6 Millionen Franken weiterhin eine gute Migration für das Bauamt möglich ist. Aus diesem Grund unterstützen wir den Kürzungsantrag.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Die SP lehnt den Antrag auf Reduktion der IT-Kosten ab. Die Verteuerung entsteht im Wesentlichen durch eine unumgängliche Anpassung der Lizenzierung. Zudem ist es doch zeit- und sachgemäss, dass die Arbeitsplätze in der Baudirektion schrittweise mit mobilen Geräten ausgerüstet werden. Dazu werden die vom Regierungsrat beantragten Kosten benötigt. Unterstützen Sie den Minderheitsantrag.

Sonja Rueff (FDP, Zürich): Die Migration 2016 ist der Austausch der sechsjährigen Hardware und Aktualisierung der Software. Die Mitarbeitenden sollen mit einer zeitgemässen Infrastruktur ausgerüstet werden, welche die Anforderungen für die nächsten sechs Jahre erfüllen soll. Die grosse Kostendifferenz zu 2010 liegt vor allem in der Software-Lizenzierung. Ob dies Mehrkosten von circa 2 Millionen rechtfertigt, scheint uns fragwürdig. Wir beantragen daher eine moderate Reduktion um 570'000 Franken.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Die Kostensteigerung im Hardware-Bereich mit dieser Migration – wir haben es bereits gehört – um 2 Millionen ist tatsächlich bedenklich und es sollte hier etwas unternommen werden. Jetzt ist aber die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, 570'000 Franken zu streichen. Wir haben hier ein Angebot, das auf dem Tisch liegt, das man kaufen kann oder nicht kaufen kann. Und in der Regel ist es halt so, dass der Verkäufer den Preis bestimmt. Es sollte hier gehandelt werden. Aus unserer Sicht liegt die Lösung ganz klar darin: Wir müssen uns von Microsoft lösen. Wir müssen Open-Source-Lösungen vorantreiben, um diesem Klammergriff zu entkommen. Dann sind langfristig Preissenkungen möglich. Solange wir da so abhängig sind, können wir eigentlich gar nicht viel machen, und in dem Sinne ist es auch einfach nicht sinnvoll oder zielführend, wenn man versucht zu streichen, zumal ja die Hardware-Kosten nicht der Kostentreiber sind.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Gründen wir eine kantonsrätliche Verhandlungsdelegation und schicken wir sie nach Redmont zu

Microsoft, um über die Lizenzpreise zu verhandeln. Dies sagt nämlich dieser Sparantrag genau aus. Vielleicht macht es ja dort Eindruck, so dass man die gleichen Lizenzen für weniger Geld bekommt. Ich halte die Variante aber für wahrscheinlicher, dass man im Hinterzimmer in Redmont über dieses Ansinnen eher lachen wird. Viel mehr müsste man eigentlich zu diesem Antrag auch nicht mehr sagen. Die Lizenzpreise, die hier die im Vergleich zur letzten Migration teureren Migrationskosten ausmachen, kommen von der Verteuerung, die Microsoft selbst veranlasst hat, und daran können wir auch im Kantonsrat nicht viel herumschrauben, ausser man will mit schlechterer Software auskommen oder auf Open-Source-Software umsteigen. Doch auch bei Open-Source-Software muss man sich bewusst sein, dass diese Kosten nach sich ziehen würde, unter anderem für Support. Und auch hier würde ein teures Migrationsprojekt anfallen. Übrigens wird sich auch die Kostenstruktur in der Informatik in manchen Bereichen allgemein ändern. Je mehr sich das Ganze nämlich in Richtung Cloud (*Datenspeicherung im Internet statt auf lokalen Computern*) entwickelt, desto mehr ändern sich auch die Kostenstrukturen von alle paar Jahre anfallenden Migrationskosten zu laufenden Lizenz-, Support- und Betriebskosten, die nicht mehr so grossen Schwankungen unterliegen werden und daher in ein paar Jahren auch vermehrt mit dem Betriebsstätt mit dem Investitionsbudget verrechnet werden könnten. Am ehestens können Sie im Rat sich dies vor Augen führen, wenn Sie bedenken, dass Windows 10 nach aktuellem Stand das letzte Betriebssystem sein wird, das einen Nachfolger im bisher gewohnten Rhythmus haben wird. Viel eher wird dieses Betriebssystem jetzt laufende Aktualisierungen erfahren und nicht mehr in drei Jahren durch ein Windows 11 oder Windows 12 ersetzt werden. Zumindest noch im kommerziellen Umfeld wird dieses Betriebssystem, im Gegensatz zum privaten Umfeld, wo wir Windows 10 schon bereits gratis haben, noch durch monatliche Lizenzkosten abgegolten. Privat ist dieses ja bereits heute gratis. Die gleiche Entwicklung gibt es übrigens auch mit Office 365, wo Microsoft auch immer mehr die Cloud-Lösung forciert. Vielleicht sind diese Lizenzpreiserhöhungen auch im Kontext zu sehen, dass Microsoft immer forcieren will, dass wir in die Cloud umsteigen und nicht mehr On-Premise (*serverbasierte Computerprogramme*) beziehungsweise nicht mehr lokal unsere Software beziehungsweise Serverumgebungen betreiben. Dies ist aber auch nur eine persönliche Einschätzung von mir.

So nach diesem Ritt in die wolkige Zukunft bleibt nur noch zu sagen, dass die Alternative Liste diesen Antrag auf jeden Fall ablehnen wird.

1970

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun hat das Wort der Baudirektor, den ich hiermit noch offiziell begrüsse bei uns.

Regierungsrat Markus Kägi: Mit dem Austausch der sechsjährigen Hardware – sechs Jahre alte Hardware – und der Aktualisierung der Software plant die Baudirektion, die Mitarbeitenden mit einer zeitgemässen Infrastruktur auszurüsten, welche die Bedürfnisse und Anforderungen für die nächsten fünf bis sechs Jahre erfüllt. Den Anforderungen nach Mobilität und Flexibilität wird unter anderem Rechnung getragen, indem die Mitarbeitenden zu einem grossen Teil mit mobilen Geräten ausgerüstet werden. Es handelt sich dabei um Windows-Geräte. Die mobilen Geräte werden nicht zusätzlich zu den bestehenden Arbeitsplätzen eingesetzt, sondern sind vollwertige Arbeitsplätze. Jeder Mitarbeiter verfügt über ein Gerät, entweder einen Desktop, wenn entsprechende Anforderungen bestehen, oder dann ein mobiles Gerät mit externer Tastatur und grossem Bildschirm am Arbeitsplatz. Die Mehrkosten der Hardware gegenüber der letzten Migration, MIT 2010, bei der mehrheitlich Desktop-Geräte eingekauft wurden, betragen circa 700'000 Franken. Die grosse Kostendifferenz zwischen der Migration 2010 und 2016 liegt in der unterschiedlichen Software-Lizenzierung der Windows-Produkte. Das sind das Betriebssystem Windows 10 und Microsoft Office. In der Vergangenheit wurde auf die Wartung verzichtet und die Produkte wurden einmalig lizenziert, um bei der nächsten Migration wieder neu zu beschaffen. Damit konnten die Wartungsgebühren von circa 27 Prozent pro Jahr vermieden werden. Mit Windows 10 hat Microsoft die Lizenzmodelle soweit angepasst, dass in einer professionellen Umgebung praktisch ein Zwang besteht, einen entsprechenden Wartungsvertrag abzuschliessen. Die Mehrkosten, über sechs Jahre gerechnet, betragen für ein Modell mit Wartung circa 1,5 Millionen Franken.

Fazit: Der grösste Anteil an den höheren Kosten für MIT 2016 gegenüber MIT 2010 ist also auf eine geänderte Lizenzierung der Microsoft-Produkte und nicht auf die mobile Hardware und schon gar nicht auf eine Doppelausrüstung der Benutzer zurückzuführen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen, denn Herr Bill Gates (*US-amerikanischer Unternehmer, Gründer von Microsoft*) wird uns da nicht erhören.

Abstimmung

Der Antrag 43 der KPB/FIKO wird dem Minderheitsantrag 43a der KPB gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehr-

heitsantrag der KPB/FIKO mit 88 : 80 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Damit ist die Verbesserung von 570'000 Franken beschlossen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich habe vorhin mit den Fraktionspräsidenten gesprochen. Alle wünschen, dass wir heute das Budget fertig machen, das heisst im Klartext: Wir werden am Mittag eine Pause einschalten und am Abend debattieren bis wir fertig sind. Ich danke Ihnen alle für die Anpassung Ihrer Voten und für ein konzentriertes Mitarbeiten.

Leistungsgruppe 8100, Hochbauamt

44. Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -23'607'850

neu: Fr. -22'107'850

Verbesserung: Fr. 1'500'000

Auf die zusätzlichen 10 Stellen für das Projekt Berthold (Richtplan Hochschulgebiet) ist im Budget 2016 zu verzichten, da der Richtplan noch in Beratung ist und einer Genehmigung durch den Kantonsrat bedarf.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Mit dem Generationenprojekt Berthold soll im Rahmen einer strategischen Entwicklungsplanung eine Gesamterneuerung des Universitätsspitals und der medizinbezogenen Bereiche der Universität am Standort Hochschule Zürich Zentrum vorgenommen werden. Gemäss RRB 85/2013 (*Regierungsratsbeschluss*) sind für dieses Projekt zehn zusätzliche Stellen vorgesehen, welche in der vorliegenden Leistungsgruppe für das Budget 2016 eingestellt wurden. Weil der Richtplan noch in Beratung ist und eine Genehmigung durch den Kantonsrat bedarf, was erwartungsgemäss einige Zeit in Anspruch nehmen wird, kann im kommenden Jahr auf die zusätzlichen Stellen verzichtet werden.

Im Namen einer Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. Besten Dank.

44a. Minderheitsantrag von Ralf Margreiter, Martin Sarbach und Sabine Sieber (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Wie manche anderen Vorstösse hat es auch diesen Vorstoss letztes Jahr schon gegeben. Man will zehn Stellen streichen bei der Baudirektion. Man wollte die Erhöhung streichen, das kommt ja aufs Gleiche heraus. Letztes Jahr haben wir dies unterstützt, es hat sich aber als Fehler herausgestellt. Dieses Jahr werden wir das nicht unterstützen. Das Hochbauamt hat uns ziemlich detailliert seine Investitionsvorhaben gezeigt, und es ist ganz klar: Das, was alles kommt, braucht auch mehr Leute, um das zu planen. Wenn die Investitionen massiv steigen – und das beschliessen wir ja auch in diesem Rat –, ist es irgendwie völlig absurd, wenn wir nachher die Mittel, die personellen Mittel streichen, um diese Investitionen zu tätigen.

Die Antragsteller argumentieren und sagen: Ja, für dieses Projekt Berthold braucht es ja zuerst den Richtplan. Als ob es für den Richtplan keine Planung bräuchte! Im Projekt Berthold ist die Planung schon ziemlich weit fortgeschritten, man steckt mittendrin. Das ist nicht so: Der Kantonsrat macht einen Richtplan und dann beginnt dann irgendwann später die Verwaltung zu planen. Das sind Prozesse, die laufen parallel. Und selbst wenn der Kantonsrat nachher diesen Richtplaneintrag ablehnen würde, selbst dann müsste man ja neu planen, selbst dann bräuchte man die Stellen. Denn dann muss man quasi neu planen und schauen, wie man jetzt weitergeht. Das heisst, diese Stellen braucht es so oder so, noch unabhängig davon, wie wir in diesem Kanton mit diesem Richtplanentscheid umgehen werden.

Darum werden wir diesen Antrag ablehnen. Bitte tun Sie das ebenfalls.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Die SVP unterstützt den Mehrheitsantrag der FIKO. Es macht aus Sicht der SVP keinen Sinn, für ein Projekt, das noch nicht definitiv beschlossen ist, zehn Vollzeitstellen zusätzlich zu budgetieren. Das Projekt Berthold, um das es hier geht, ist Teil des Richtplans, wie wir gehört haben. Und dieser Eintrag muss erst noch durch den Kantonsrat genehmigt werden. Wie ich dieses Gremium erlebt habe, ist es also durchaus möglich, dass es hier noch Änderungen gibt. Darum unterstützt die SVP den Mehrheitsantrag und bittet Sie, dies auch zu tun. Danke.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Bereits 2014 hat die Baudirektion die Aufstockung von zehn Vollzeitstellen, wie von Martin Neukom erwähnt, für den Masterplan Hochschulquartier beantragt. Im letzten Jahr hat die SP mit einer Mehrheit dieses Rates, auch mit den Grünen, den Ablehnungsantrag für die Aufstockung noch mitgetragen. Grund hierfür war zum einen die unklare Ausgangslage der Reorganisation im Immobilienmanagement und zum andern der noch sehr unscharfe Projektstand im Hochschulgebiet. Nun, mittlerweile hat sich der Nebel gelichtet. Die beantragten Stellen im Projekte Berthold sind nachgewiesen und von der Regierung wirklich gut begründet. Ohne ein Präjudiz für oder gegen den Richtplaneintrag im Hochschulgebiet zu machen, ist ein koordiniertes Vorgehen von Universitätsspital, Universität Zürich und der ETH bei diesem Mehrgenerationenprojekt notwendig. Mit oder ohne Richtplaneintrag ist eine gesamtheitliche strategische Projektleitung in Zusammenarbeit mit den Institutionen, aber auch mit der Stadt Zürich, auch ein Anliegen der SP.

Vor einigen Wochen haben wir hier in diesem Rat die Verantwortung für Grossprojekte dem Baudirektor übertragen. Nun sollten wir dem Regierungsrat neben der Verantwortung auch die nötigen Stellen zusprechen. Überdies ist der Antrag budgetneutral, da rund drei Viertel der Kosten von der Gesundheitsdirektion getragen werden und ein Viertel der Kosten von der Bildungsdirektion.

Werfen wir also diesem jungen Kind keine Stöcke zwischen die Beine, lehnen Sie diesen etwas kurzsichtigen Kürzungsantrag der FIKO ab.

Antoine Berger (FDP, Kilchberg): Die FDP-Fraktion anerkennt die grosse Arbeit, die im Zusammenhang mit dem Projekt Berthold bis heute von der Baudirektion geleistet wurde. Die FDP-Fraktion denkt auch, dass das Hochschulquartier der richtige Standort für eine Erweiterung ist. Wir befinden uns nun aber auf Stufe Richtplan. Und obwohl wir dem Ganzen positiv gegenüberstehen, stehen noch verschiedene Fragen im Raum. Ich persönlich kann als Mitglied der KPB die kritischen Stimmen aus dem Quartier betreffend Volumen gut verstehen. Vor allem die Hochbauten, die über 500 Meter über Meer reichen, stören das städtebauliche Bild von Zürich und gehören nicht auf die Terrassen des Hochschulquartiers. Eine entsprechende Anfrage, ob man auf die Bauten über 500 Meter über Meer verzichten könnte, wurde auch schon von KPB-Kollege Pierre Dalcher eingereicht. Leider wurde die Anfrage so beantwortet, dass, wenn wir darauf verzichten, das ganze Projekt infrage gestellt wird. Ich bin der Meinung, man

könnte im Richtplan eine solche Höhenbeschränkung festlegen und es den Architekten im Wettbewerb überlassen, wie sie das gewünschte Raumprogramm erfüllen. Mit anderen Worten: Wir müssen nun den Richtplan festlegen, der sicher Kompromisse braucht. Und dann bin ich sicher, dass die FDP einem Nachtragskredit für zusätzliche Stellen positiv gegenübersteht. Würden wir heute schon die zehn zusätzlichen Stellen bewilligen, würde dies von vielen so verstanden, dass die FDP bedingungslos hinter dem Projekt Berthold steht.

Dies ist aber nicht so, darum unterstützen wir vorläufig den Kürzungsantrag der FIKO.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste unterstützt den Antrag der FIKO-Mehrheit, auf die zusätzlichen zehn Stellen, wie sie der Regierungsrat beantragt hat, sei zu verzichten. Der Richtplan für das Hochschulgebiet ist zurzeit in den verschiedenen Kommissionen in Beratung. Es steht noch in den Sternen, ob er im nächsten Jahr vom Kantonsrat genehmigt wird.

Regierungsrat Markus Kägi: Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat, auf diese zusätzlichen zehn Stellen für das Projekt Berthold im Budget 2016 zu verzichten. Begründet wird der Antrag damit, dass sich der Richtplan Hochschulgebiet noch in Beratung befindet beziehungsweise erst noch durch diesen Rat genehmigt werden soll. Der Regierungsrat hat mit RRB-Nr. 580/2013 – 2013, meine Damen und Herren – insgesamt zehn neue Stellen für das Projekt Berthold bewilligt. Auf dieser Grundlage hat das Hochbauamt bereits vier Stellen für die Bearbeitung der Gesamtplanung Hochschulgebiet Zürich Zentrum besetzt. Da das Budget für diese Stellen bereits im Vorjahr nicht genehmigt wurde, mussten die Mitarbeitenden vom Hochbauamt zulasten anderer Vorhaben bereitgestellt werden. Ein wesentliches Zwischenergebnis ist der aktuell dem Kantonsrat zur Genehmigung vorliegende Richtplan. Dieser ist jedoch nur ein Teil der umfangreichen und intensiven Arbeiten für die Planung des Hochschulgebietes. Parallel wurden durch das Projektteam auch mit grosser Intensität die nötigen Gestaltungspläne erarbeitet. Im kommenden Jahr ist deren Genehmigung vorgesehen. Begleitend sind Vertiefungen in den Bereichen Verkehr – Verkehr, Antoine Berger –, Freiraumgestaltung und städtebauliches Konzept nötig. Das Projekt Berthold leistet somit einen zentralen Beitrag für die Sicherstellung aller Grundlagen und die Koordination aller Planungen zwischen den Institutionen und damit zur Gesamtentwicklung des Hochschulgebietes. Sie wissen, es sind ja

die Universität, das Universitätsspital und die ETH daran beteiligt. Sollte der Kantonsrat die aktuelle Richtplanvorlage nicht genehmigen, werden die beantragten Ressourcen erst recht für die Entwicklung eines revidierten Richtplans beziehungsweise einer neuen Vorlage an den Kantonsrat bereitgestellt werden müssen.

Und nun konkret zum Budgetantrag: Sollte der Kantonsrat diese Kürzung beschliessen, müssen wir das Projekt Berthold stoppen und die vier bereits eingestellten Mitarbeiter entweder entlassen oder für andere Hochbauprojekte einsetzen. Dies bedeutet das Ende der koordinierten Entwicklungsplanung im Hochschulgebiet Zürich Zentrum zwischen ETH, Universitätsspital und Universität. Die beteiligten Institutionen werden ihre Interessen in Zukunft wieder unabhängig – das Immobilienmanagement lässt grüssen –, unabhängig voneinander verfolgen müssen, was insgesamt, das garantiere ich Ihnen, zu Mehrkosten führen wird. Ausserdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass das Projekt Berthold im Hochbauamt saldoneutral ist, saldoneutral bei mir in der Baudirektion. Für diese Kosten haben wir nämlich Erträge von der Gesundheitsdirektion – das sind 75 Prozent – und von der Bildungsdirektion 25 Prozent eingestellt. Das ist nicht von meinem Budget. Der Antrag verlangt also, dass wir ein saldoneutrales Projekt im Hochbauamt stoppen, um eine Saldoverbesserung für das Hochbauamt zu erreichen. Ich verstehe das nicht.

Man muss keine Mathematikerin oder ein Mathematiker oder eine Buchhalterin oder ein Buchhalter sein, um festzustellen, dass das nicht aufgehen kann. Sollten Sie das aber trotzdem so beschliessen, sind wir gezwungen, einerseits den Aufwand von Berthold aus dem Budget zu streichen, aber andererseits die entsprechenden Erträge in der Planung stehen zu lassen, damit im Budget die beschlossene Saldoverbesserung entsteht. In der Realität wird das uns so aber sicher nicht helfen und es wird so nicht eintreten können. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen die Ablehnung des Antrags.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 44 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 44a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 102 : 62 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Damit ist die Verbesserung von 1'500'000 Franken beschlossen.

1976

Leistungsgruppe 8300, Amt für Raumentwicklung

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt

27. Antrag KEVU/FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -224'669'500

neu: Fr. -222'069'500

Verbesserung: Fr. 260'000 → Folgeantrag in der LG 5925 Strassenfonds

Die im Budget ausgewiesenen Einsparungen (Betriebsaufwand, Sachaufwand, Personalkosten usw.) sollen effektiv auch eingespart werden und nicht durch Mehraufwände in anderen Positionen überkompensiert werden.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Das Tiefbauamt weist in der Erläuterung zum KEF ein Ausgabenwachstum von 4,2 Millionen Franken aus. Dies wird teilweise kompensiert durch verschiedene Einsparungen. Es werden insgesamt Einsparungen von 2,6 Millionen Franken aufgelistet. Wie Sie sehen, wird das aber durch das Ausgabenwachstum überkompensiert. Deshalb beantragt Ihnen die KEVU, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Die Regierung wies uns allerdings darauf hin, dass das Ausgabenwachstum vor allem projektbezogen sei und dass sich der betriebliche und bauliche Strassenaufwand ebenfalls massiv steigerte. Diese Strassenbauprojekte müssten, wenn man diesem Kürzungsantrag zustimmen würde, verschoben werden. Die KEVU hat diese Begründung zur Kenntnis genommen und beantragt Ihnen trotzdem grossmehrheitlich, dem Antrag zuzustimmen.

27a. Minderheitsantrag von Robert Brunner (KEVU):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Sie sehen mich alleine auf dem Minderheitsantrag, ausgerechnet bei einer Leistungsgruppe, wo Kürzungen bei meinen Wählerinnen und Wählern weniger Kummer berei-

ten würden als bei Ihren Sponsoren aus TCS (*Touring-Club der Schweiz*), ACS (*Automobilclub der Schweiz*) und Strassenbaufirmen. Aber es geht ums Prinzip. Es geht nicht um irgendein Prinzip, das Prinzip nennt sich CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), es nennt sich Globalbudget. Es geht darum, dass wir über Indikatoren, Leistungen, Wirkungen et cetera steuern sollten. Anträge ganz ohne konkreten Auftrag, wie wir ihn hier haben, sind eigentlich nicht zulässig. Und wenn man dann noch sagt «Effizienzsteigerung», dann ist das genauso wenig CRG-konform. Sie müssen schon genau sagen, was Sie hier wollen, welche Indikatoren Sie beeinflussen wollen. Wir haben für die Erfolgsrechnung verschiedene Indikatoren. Wir müssen also nur diese Indikatoren anschauen.

Nehmen Sie zum Beispiel Indikator L2, unterhaltene Staatsstrassen in Kilometer: 1327,9. Da kann man schon kürzen. Nehmen Sie einen Prozentsatz aus dem Unterhalt heraus, das nennt sich dann «Variante Eigentalsstrasse». Wir haben den Indikator B2, betriebliche Unterhaltskosten pro Kilometer der Staatsstrassen: 35'000 Franken. Da kann man schon kürzen, beispielsweise bei der Schneeräumung. Der letzte Regierungsrat, der den Sparauftrag seines Parlaments brav umgesetzt hat und dann die Schneeräumung eingestellt hat, wurde dann prompt abgewählt, es war dummerweise ein grüner Regierungsrat in Neuenburg. Das schenkt schon ein. Ein mittlerer Schneefall kostet 250'000 Franken, ein heftiger Schneefall, bei dem die Equipen den ganzen Tag fahren, sind das dann 500'000 Franken. Hören Sie auf, am Wochenende Schnee zu räumen, Montag ist ja auch noch ein Tag. Geben Sie also konkrete Vorschläge, wie Sie das machen wollen. Aber das wäre die Variante «Wie werden wir den Baudirektor los?» (*Heiterkeit*).

Alles in allem wird es dann darauf hinauslaufen, dass wir den Indikator W4 beeinflussen. Das ist der Zustandsindex Fahrbahnoberflächen: 96 Prozent. Und da ist dann die Variante – ich nenne sie 2011. Im Jahr 2011 ist der Baudirektor mit einem Nachtragskredit gekommen, nicht mit 2,5 Millionen, nicht mit 5 Millionen. Er hat dann «tätschbumm» sofort 20 Millionen verlangt zur Sanierung der Fahrbahnoberflächen. Wir haben das kommentarlos durchgewinkt. Diese Variante ist nicht nachhaltig und von Sparen ist erst recht keine Rede. Und um das Bild von Herrn Sommer (*Daniel Sommer*) zu nehmen: Das ist das Budget frisiert, nicht budgetiert.

Ich setze hier einen Anreiz für jeden, der eine CRG-konforme Begründung des Kürzungsantrags bringt. Jeder, der eine CRG-konforme Begründung bringt, darf sich da an diesem Confiserie-Artikel bedienen. (*Der Votant zeigt einen mit Konfekt gefüllten Beutel.*) Der Rest geht dann nachher an den Baudirektor zur Frustkompensation.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Wir sprechen von 2,6 Millionen, welche im KEF von der Regierung selber als Einsparungen ausformuliert wurden. Also mit anderen Worten: Die Regierung hat selber festgestellt «Da gibt es Einsparungspotenzial» und hat das auch ausgewiesen. Nachher werden aber verschiedene Positionen entsprechend erhöht, mit dem Effekt, dass wir am Schluss, selbst wenn wir diesem Kürzungsantrag stattgeben, immer noch mehr Mittel zur Verfügung stellen, als dies im Budget 2015 der Fall war.

Wieso ist dies der Fall? Das Budget profitiert von 2,3 Millionen günstigeren internen Verrechnungen, also da kann der Baudirektor dem Finanzdirektor Danke sagen, was zur Folge hat, dass er damit die höheren Abschreibungen locker tragen kann. Es bleibt sogar noch ein Betrag darüber hinaus offen. Mit anderen Worten: Die 0,5 Millionen, die davon übrig bleiben, stehen immer noch für Betrieb und Unterhalt zur Verfügung. Dann kann man beim Strassenunterhalt natürlich auch über Standards sprechen. Das ist jetzt hier keine Standarddiskussion, die wir führen müssen, aber wenn man einmal schaut, wie Strassen unterhalten und saniert werden und über Land überall schöne kleine, einzelne Randsteine gesetzt werden, wo kein Gefälle, nichts ist, dann kann man dort sicher auch über den Standard reden.

Aus all diesen Gründen, insbesondere da ja gegenüber dem Budget 2015 im Budget 2016 trotzdem mehr Mittel zur Verfügung stehen, wird die FDP diesem Antrag der KEVU zustimmen. Herzlichen Dank.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Dies ist einmal ein Sparantrag, den wir gerne unterstützen. Im Tiefbauamt und bei den geplanten Strassenprojekten können wir kein Wachstum unterstützen. Darum unterstützen wir diesmal diesen Sparantrag, auch wenn wir nicht absolut überzeugt sind davon. Und natürlich werden wir keinen Nachtragskredit unterstützen, wie Robert Brunner gerade zu Recht bemängelt hat. Diesmal sicher nicht, aber wir hoffen, dass das Tiefbauamt die nötigen gesetzlich gesetzten Bauten in Strassenprojekten machen kann. Herzlichen Dank.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Die SVP unterstützt den Antrag der KEVU und der FIKO. In Ergänzung zu den Ausführungen von Christian Schucan führen wir noch einige Überlegungen dazu an.

Das Tiefbauamt und vor allem die ausführenden Bauunternehmen leisten zweifellos hervorragende Arbeit auf höchstem Niveau. Zuweilen stellt man sich jedoch schon die Frage, ob es nicht des Guten zu viel ist. Solange wir zum Beispiel ländliche Bushaltestellen – das Bei-

spiel ist, denke ich, CRG-konform, ich hoffe, ich verdiene mir die «Schöggeli» von Röbi (*Robert Brunner*) –, solange wir zum Beispiel Haltestellen, die einstellige Personenfrequenzen pro Tag haben, für mehrere hunderttausend Franken ausbauen, solange hat es in dieser Leistungsgruppe definitiv noch Fleisch am Knochen. Daher scheuen wir uns nicht, in einem uns im Grundsatz wichtigen Bereich und einer sogar von der SVP regierten Direktion den Sparhebel anzusetzen. Ich bitte Sie daher, den Mehrheitsantrag zu unterstützen. Danke.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Die Ausgaben des Tiefbauamtes sind wohl wie keine andere Leistungsgruppe wetterabhängig. Da hat Röbi Brunner schon sehr ausführlich dargelegt. Die Budgetierung hat deshalb teilweise den Charakter von Vorhersagen wie diejenigen der «Muotataler Wetterschmöcker». Die Grünliberalen sind grundsätzlich zufrieden mit der Konstanz im Budget des Tiefbauamtes respektive einer kleinen Reduktion, auch wenn das nur rechnerisch zustande kommt, wie das Christian Schucan erklärt hat, und wir fordern keine weiteren Reduktionen. Diese hätten sowieso wenig Einfluss auf den Rechnungsabschluss – wie das Wetter.

Regierungsrat Markus Kägi: Wenn Sie diese Kürzungen beschliessen, werden Mehrkosten verursacht. Wir wären gezwungen, Unterhaltsprojekte zeitlich zu verschieben, obwohl ihre Ausführung im Jahre 2016 kostenoptimal gewesen wäre. Wenn der optimale Zeitpunkt aber verpasst ist, wird der verspätete Unterhalt in der Zukunft mehr kosten. Wir erwarten im Jahr 2016 auch relativ tiefe Angebotspreise, weil aktuell im Tiefbau nur wenige Grossprojekte am Laufen sind. Diese Kürzung kostet also gleich nochmals Geld, wenn wir den verschobenen Unterhalt später zu höheren Angebotspreisen nachholen müssen. Diese Kürzungen würden aber auch zu Komplikationen und Mehrkosten bei Gemeinden, Werkleitungseigentümern und anderen Partnern führen. Sie haben ihre Projekte nämlich mit unseren zeitlich abgestimmt. Nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse würden wir diese Kürzungen wie folgt umsetzen:

Erstens: Wir verschieben die Instandsetzung des Kreisels an der Rapperswilerstrasse in Rüti um ein Jahr, das kostet 1 Million. Zweitens: Wir verschieben die Instandsetzungsprojekte Ghöchstrasse in Bärenswil um ein Jahr: 1,5 Millionen. Den Rest würden wir im naturnahen Böschungsunterhalt und/oder bei den Beiträgen an Sicherheitsholzschlägen kürzen.

1980

Zum Schluss gebe ich noch zu bedenken, dass der Bestand im Strassenfonds laufend wächst und per Ende 2016 schon über 1 Milliarde Franken betragen wird. Vor diesem Hintergrund ist es absurd, notwendige Unterhaltsprojekte zu verschieben und dafür Mehrkosten in der Zukunft zu verursachen. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen die Ablehnung dieses Kürzungsantrags.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 27 der KEVU/FIKO wird dem Minderheitsantrag 27a der KEVU gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der KEVU/FIKO mit 133 : 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 2'600'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Leistungsgruppe 8510, Altlasten

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -21'589'927

neu: Fr. -21'304'927

Verbesserung: Fr. 285'000

45. Antrag FIKO:

Verbesserung: Fr. 85'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen, als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u. a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwands pro Vollzeitstelle zwischen 2015 und 2016 die Vorgaben der Regierung von 0,0% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2016 sowie eine

durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle von 96'000 Franken (gemäss Seite 31, KEF 2016-2019).

45a. Minderheitsantrag von Sabine Sieber, Ralf Margreiter und Martin Sarbach (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wünscht jemand aus dem Rat das Wort? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Baudirektor das Wort? Er hat keine Zeit (*Heiterkeit*). Natürlich wünscht er es. Gut, er hat es.

Regierungsrat Markus Kägi: Die Vorgaben des Regierungsrates zur Entwicklung der Lohnsumme haben zwar einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Durchschnittslöhne der Leistungsgruppen. Es gibt jedoch zusätzliche Einflüsse: Zugänge oder Abgänge von Stellen mit einem Durchschnittslohn ungleich dem Durchschnittslohn der Leistungsgruppe, Rotationsgewinne und Rotationsverluste aus Fluktuationen, Funktionsänderungen. In der Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt, ist die Erhöhung des Durchschnittslohns hauptsächlich auf die Integration der 15 Mitarbeitenden der ehemaligen KANTAG AG zurückzuführen. Diese Löhne lagen im Durchschnitt über dem Durchschnittslohn des Immobilienamtes. Die Vorgaben des Regierungsrates für die Lohnentwicklung, KEF 2016 bis 2019, sind vollständig eingehalten. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen, auch wenn ich denke, das wird auch hier nichts nützen, die Ablehnung dieses Budgetantrags.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 45 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 45a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 111 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 85'000 Franken beschlossen.

46. Antrag KPB / FIKO:

Verbesserung: Fr. 200'000

Integration von 15 Personen der KANTAG AG auf 13 Personen reduzieren, da 2 Stellen momentan nicht besetzt sind. Durch die notwendige Neuorganisation durch Synergieeffekte kann dies eingespart werden.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der KPB: Die Mehrheit der KPB findet, das ist eine gute Chance, um die Effizienzsteigerung durch Zusammenzug zu nutzen und auf zwei Stellen zu verzichten. Es geht um die Integration von 15 Mitarbeitern der KANTAG. Der gesamte Personalbestand des Immobilienamtes beträgt um die 118 Personen. Die Subkommission der KPB hat erfahren, dass zwei Stellen vakant sind.

Die Minderheit der KPB schenkt den Beteuerungen der Baudirektion, dass diese Stellen gar nicht vakant, sondern bereits besetzt sind, Glauben. Die Stellen werden bei der Erfüllung der Aufgaben vollumfänglich benötigt. Die Entlassung von bereits Angestellten kommt teuer zu stehen.

Als Präsident der vorberatenden Sachkommission beantrage ich Ihnen, den Anträgen der KPB-Mehrheit zuzustimmen.

46a. Minderheitsantrag von Andrew Katumba, Theres Agosti, Jonas Erni, Cornelia Keller, Martin Neukom und Thomas Wirth (KPB):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Mit dem Abschluss der Verselbstständigung in eine privatrechtliche Stiftung hat die Pensionskasse (*Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich, BVK*) per 1. Oktober 2014 die Bewirtschaftung eines grossen Teils ihrer Immobilien selbst übernommen. In der neu geschaffenen Abteilung Immobilienbewirtschaftung sind nun rund 70 ehemalige Mitarbeitende der KANTAG Liegenschaften AG tätig, die als externe Firma für die Bewirtschaftung der kantonalen Liegenschaften zuständig war. Der Beschäftigungsumfang der Baudirektion nahm um 34,6 Stellen zu, davon betreffen 15 Stellen die Integration der Mitarbeitenden der ehemaligen KANTAG AG ins Immobilienamt. Diese ist per 1. Januar 2015 erfolgt, war aber im Budget 2015 noch nicht abgebildet. Nun geht es um den Ersatz von zwei Stellen infolge Pensionierung.

Lehnen Sie den Kürzungsantrag mit der Heckenschere ab und erhalten Sie die beiden Stellen. Besten Dank.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Ich glaube, hier müssen wir nicht mit der Heckenschere einschneiden, sondern hier ist einfach ein logischer Verstand gefragt. Bei dieser Zusammenführung müssen wir und soll auch eine Synergie gezogen werden und ich denke, bei 110 Stellen zwei Stellen zu kürzen oder abzubauen, das ist angebracht, wenn

man vorher 17 Stellen erhöht hat. Wir sind aber der Meinung, dass dieser Abbau über die natürliche Fluktuation im Immobilienamt erfolgen soll. Wir bitten Sie, diesem Antrag zu folgen. Ich danke Ihnen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Wie bereits gesagt, es geht um die Eingliederung der KANTAG AG in die Verwaltung. Dort wurden 15 Stellen übernommen und diese sollen jetzt auf 13 gekürzt werden. Hier sollen also zwei Leute entlassen werden, einfach mit dem Argument, man könne ja dann schon ein bisschen effizienter arbeiten. Ein Teil der Grünen Fraktion findet dies richtig und ein Teil lehnt diesen Antrag ab, weil hier willkürlich gespart wird.

Noch eine Bemerkung an die Baudirektion: Das Problem war, der Kommissionssprecher hat es bereits angetönt: Das Immobilienamt hat diesbezüglich sehr inkonsistent kommuniziert. Einmal war es so, einmal war es so, ich glaube, ich will hier die Details nicht allzu sehr ausführen. Aber das wirkt nicht gerade vertrauensfördernd, deshalb hat auch ein Teil der Fraktion entschieden, diesem Antrag zu folgen. Denn man hat dann das Gefühl, dass es tatsächlich Einsparpotenzial gibt. Das heisst: Bitte das nächste Mal etwas konsistenter argumentieren. Danke.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Eigentlich wollte die Alternative Liste diesen Antrag ursprünglich auch annehmen. Da diese Stellen inzwischen aber wieder besetzt sind beziehungsweise schon waren, hätte dieser Antrag zwei Stellenkündigungen zur Folge. Und das Stichwort vorher, die natürlichen Abgänge, das ist auch das richtige Stichwort. Aber hierfür ist der Sparantrag genau das falsche Mittel. Mit dem Sparantrag hätte es Stellenkündigungen zur Folge, und diese würde die AL nicht unterstützen.

Auch würden durch diesen Antrag laut Regierungsrat Folgekosten entstehen, die das Sparpotenzial hier auch verringern. Dies können wir aber weniger gut einschätzen. Trotzdem würden wir es im Sinne einer Synergienutzung begrüßen, wenn bei natürlichen Stellenabgängen dies für die Kompensierung benützt wird, beziehungsweise dass, wenn es hier zu natürlichen Abgängen kommt, im Rahmen der Leistungsüberprüfung beziehungsweise allgemein geprüft wird, ob hier eine Wiederbesetzung wirklich nötig ist. Die AL lehnt diesen Sparantrag zum jetzigen Zeitpunkt jedoch ab.

Regierungsrat Markus Kägi: Mit der Integration der ehemaligen KANTAG in die Baudirektion per 1. Januar 2015 – ich bereue es, dass

ich da Ja gesagt habe, bereits heute – wurden 15 Stellen ins Immobilienamt überführt. Diese 15 Stellen wurden vom Regierungsrat bewilligt. Sie sind seit Sommer 2015 vollständig besetzt, und das wissen auch die Kommissionsmitglieder, die hier ja das Gegenteil gesagt haben. Es war nur ein Augenblick, dass sie nicht besetzt waren. Man hat sie gesucht, in der Zwischenzeit wurden diese Stellen besetzt. Sie führen die Aufgaben des Ressorts Property Management auch vollumfänglich und die sind auch nötig. Dieses Ressort ist verantwortlich für die Bewirtschaftung der Liegenschaften im Finanzvermögen unseres Kantons. Das Ressort ist heute vollständig ausgelastet und verzeichnet – ich bitte Sie, sehr gut zuzuhören – Ende Oktober 2015 bereits 900 Mehrstunden an Arbeitszeit bei nicht bezogenen Ferien 2015 von 2275 Stunden. Sollte dieser Antrag angenommen werden, müssen wir zwei Personen die Stelle kündigen. Die Abfindung – hören Sie jetzt auch wieder gut zu –, die Abfindung pro entlassene Person beträgt circa 50'000 Franken. Wir reden hier von 200'000 Franken, also 100'000 Franken haben Sie bereits wieder verspielt. Bei zwei Entlassenen sind das somit auch 100'000 Franken.

Das Portfolio der heutigen Property Management kann mit zwei Stellen bei Weitem nicht mehr ausreichend bewirtschaftet werden. Dies führt zu markanten Mindererträgen. Wir werden Lehrstände haben und unzufriedene Mieterinnen und Mieter durch Betreuungsmangel. Wir können nur arbeiten, aber irgendwann hört das auch auf. Und das bedeutet, dass dieses Management im Immobilienamt aufgehoben werden müsste und das Mandat für die Bewirtschaftung dieser Liegenschaften öffentlich ausgeschrieben wird. Dann reden wir aber von einer Verteuerung der Bewirtschaftung dieser Liegenschaften von jährlich circa 600'000 Franken. Ich habe das auch der Kommission dargelegt. Die Verwaltungshonorare liegen bei 4,75 bis 5,25 Prozent der Mietzinseinnahmen für Wohn- und Gewerbeliegenschaften. Eine weitere Möglichkeit wäre die Ausschreibung eines Teilportfolios. Auch dieses würde in jedem Fall zu Mehrkosten gegenüber der heutigen Situation führen.

Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, verursachen Sie Mehrkosten und keine Einsparungen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 46 der KPB/FIKO wird dem Minderheitsantrag 46a der KPB gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag der KPB mit 85 : 86 Stimmen (bei 1 Ent-

haltung) zu. Damit ist die Verbesserung von 200'000 Franken abgelehnt.

(Der Rat beschliesst zu einem späteren Zeitpunkt Rückkommen, diese Abstimmung wird wiederholt.)

Leistungsgruppe 8710, Liegenschaftenerfolg

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

47. Antrag FIKO

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -61'141'000

neu: Fr. -61'077'000

Verbesserung: Fr. 64'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen, als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u. a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwands pro Vollzeitstelle zwischen 2015 und 2016 die Vorgaben der Regierung von 0,0% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2016 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle von 96'000 Franken (gemäss Seite 31, KEF 2016-2019).

47a. Minderheitsantrag von Sabine Sieber, Ralf Margreiter und Martin Sarbach (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Regierungsrat Markus Kägi: Die Vorgaben des Regierungsrates zur Entwicklung der Lohnsumme haben zwar einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Durchschnittslöhne der Leistungsgruppen. Es gibt jedoch zusätzliche Einflüsse: Zugänge oder Abgänge von Stellen mit Durchschnittslohn ungleich dem Durchschnittslohn der Leistungsgruppe, zum anderen Rotationsgewinne und Rotationsverluste aus

Fluktuationen und Funktionsänderungen. In der Leistungsgruppe 8800 ist die Erhöhung des Durchschnittslohns hauptsächlich auf die 3,4 neuen Stellen in den Bereichen Hauswirtschaftskurse – es sind keine landwirtschaftlichen Berufe, sondern Hauswirtschaftskurse – an Mittelschule und Berufsbildung zurückzuführen. Es handelt sich dabei um Stellen mit Löhnen über dem Durchschnittslohn des ALN (*Amt für Landschaft und Natur*). Und weil diese Stellen vollständig von der Bildungsdirektion – das sind Mittelschulen und Berufsbildung – finanziert werden, sind sie für das ALN saldoneutral, die werden nicht durch mein Budget finanziert. Sie streichen hier am falschen Ort. Ich habe das x-mal zu erklären versucht, aber das scheint keine Resonanz gefunden zu haben.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 47 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 47a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 111 : 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 64'000 Franken beschlossen.

48a. Minderheitsantrag von Martin Haab, Roger Liebi, Hans Heinrich Raths, Hans-Ueli Vogt und Urs Waser (WAK):

Verbesserung: Fr. 300'000

Noch immer werden Massnahmen umgesetzt, die in der aktuellen finanziellen Lage des Kantons nicht zwingend sind, dies namentlich im Bereich Naturschutz und Biodiversität. Auf die Aufstockung der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume um 30 ha kann vorläufig verzichtet werden. Durch Schutzmassnahmen gesicherte Lebensräume gehen in der Regel auf Kosten der landwirtschaftlichen Produktionsflächen.

Martin Haab (SVP, Mettmenstetten): Wie in der laufenden Budgetdebatte mehrmals erwähnt, produziert ja bekanntlich auch Kleinvieh Mist. 300'000 Franken im Konto 8800 sind gerade mal 0,5 Prozent des Budgets des Amtes für Landschaft und Natur. Der Kanton ist angehalten zu sparen, und Sie sehen, dass die SVP im Sinne der Opfersymmetrie auch bereit ist, bei den Ausgaben und somit bei den Leistungen des ALN den Rotstift anzusetzen, wenn auch nur in einem äusserst geringen Masse. Es gilt festzuhalten, dass das ALN mit dem Strickhof

eine äusserst wertvolle Arbeit in Bezug auf die Ausbildung der Junglandwirte und der Lehrlinge in den grünen Berufen erfüllt. Auch anerkennen wir, dass das am Strickhof zu realisierende Projekt «AgroVet» die Berufsbildung sowie die Grundlagenforschung in der Tier- und Nahrungsmittelproduktion für die Zukunft auf einen hervorragenden Level stellen wird. Dazu ist uns auch bewusst, dass auch dieses kantonale Amt viele Aufgaben umsetzen und betreuen muss, die von Bundesbern vorgegeben sind.

Trotzdem stellt die SVP fest, dass durchaus Sparpotenzial vorhanden ist, namentlich in den übereifrigen Fachstellen, die dem ALN unterstellt sind. Wer jetzt denkt, die SVP, namentlich die Vertreter der Landwirtschaft, prügeln einmal mehr auf die Fachstelle Naturschutz ein, dem rate ich dringend, die Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage 231/2015, deren geänderte Version Sie letzte Woche mit der Ratspost erhalten haben, zur unbefriedigenden Situation im Elliker- und Flaacherfeld zu lesen. Wenn Sie diese Antwort gelesen haben, kann jeder nachvollziehen, was gemeint ist mit übereifrigen Fachstellen. Ich bitte Sie, dem Verbesserungsantrag der SVP beim Konto 8800 von 300'000 Franken zuzustimmen.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Liebe Sennebuebe (*Heiterkeit. Ein Teil der SVP-Fraktion trägt Edelweiss-Hemden*), gemäss dem Anfang 2015 publizierten Bericht des Bundesrates «Umwelt Schweiz 2015» befindet sich die Biodiversität in der Schweiz in einem unbefriedigenden Zustand. Mehr als ein Drittel aller untersuchten Arten sind bedroht. Und wie der ebenfalls kürzlich von der Europäischen Umweltagentur, EEA, publizierte Bericht «Die Umwelt in Europa» zeigt, weist die Schweiz gerade mal 6,5 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiete aus. In der Reihe der 38 untersuchten Länder Europas ist die Schweiz damit abgeschlagenes Schlusslicht. Länder, wie Slowenien und Bulgarien, von denen man in Sachen Naturschutz nicht unbedingt eine Vorbildfunktion erwartet, schützen die Biodiversität auf mehr als 30 Prozent ihrer Landesfläche. Deshalb wäre es hier nicht angebracht zu sparen. Denn eine der ersten Massnahmen zum Schutz dieser bedrohten Landschaften ist die Aufwertung und Sanierung bestehender Schutzgebiete. Ohne weitere Investitionen würde deren Qualität zusätzlich leiden.

Zentral für den Schutz der biologischen Vielfalt ist zudem die Frage, wie gut oder schlecht die Kantone bei der Realisierung neuer Schutzgebiete mitwirken. Gehen wir deshalb hier als gutes Vorbild voran als Kanton Zürich und gehen den eingeschlagenen Weg weiter. Im Na-

men der SP-Fraktion und im Namen aller Wählerinnen und Wähler, welchen eine vorbildliche Natur- und Umweltpolitik am Herzen liegt, bitte ich Sie: Lehnen Sie diesen Antrag ab.

Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg): Die Kapazität der Fachstelle Naturschutz reicht schon heute nicht aus, um ihre Aufgaben zeitgerecht zu erfüllen. Dies ist nicht nur für die Natur und die darin lebenden Pflanzen und Tiere nachteilig, auch wirtschaftlich und politisch gewünschte Entwicklungen werden behindert. Zum Beispiel der Schutz des Flachmoors von nationaler Bedeutung «Schachen» in Dietikon müsste gemäss Flachmoorverordnung seit 1997 bestehen, ist aber immer noch hängig. Auch heute noch ist unklar, inwieweit die kommenden Schutzbestimmungen auf die umliegenden Siedlungsgebiete wirken. Dadurch wird eines der kantonal wichtigsten Entwicklungsgebiete, das Gebiet «Silbern–Lerzen–Stierenmatt» in Dietikon in seiner Entwicklung seit Jahren verzögert. In Uster wurde das Flachmoor von nationaler Bedeutung «Glattenried» erst 2014 statt Ende der 90er Jahre geschützt. Gegen die Schutzverfügung wurde rekurriert. Das Baurekursgericht hat die Sache kürzlich an den Kanton zurückgewiesen und das Verfahren dürfte noch einmal eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Es ist damit weiterhin unklar, ob und wie die vom Kantonsrat im Oktober 2012 beschlossene Strasse Uster West gebaut werden kann.

Auch Baudirektor Markus Kägi anerkennt, dass wir die Ziele langfristig nicht erreichen können, da die Ressourcen der Fachstelle Naturschutz dafür nicht ausreichen. Der Personalbestand in der Fachstelle Naturschutz ist trotz Verzug in der Erfüllung der Aufgaben zumindest stabil. Jetzt soll der Bestand gemäss Antrag nicht etwa ausgebaut, sondern sogar reduziert werden. Dies würde nicht nur die Verzögerung in der Aufgabenerfüllung akzentuieren, sondern auch zu unverschuldeten Entlassungen von Mitarbeitern führen. Ich bitte auch die Bürgerlichen, die politischen Zielsetzungen des Kantons nicht zu torpedieren und diesen Antrag abzulehnen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Die SVP spart immer dann, wenn es um Naturbelange geht, um Naturschutz also, und alles andere stimmt einfach nicht, Martin Haab, es tut mir schon leid. In den letzten Jahren wurden nur wenige Lebensräume durch neue Schutzverordnungen gesichert, wie etwa die Thurauen, oder kleinere Massnahmen, welche im Bereich der Gewässerrevitalisierung umgesetzt wurden, das ist euch natürlich auch ein Dorn im Auge. Bei allen anderen

handelt es sich um Schutzverordnungen, die bereits bestehen und nur mit dem neuen Schutzverordnungs-konzept überarbeitet werden sollen. Die Arbeit der Fachstelle ist eine Vereinfachung bei den Abläufen und Verfahren für die Ämter, aber auch für Landwirte, welche oft für die Pflegearbeiten verantwortlich sind und dafür notabene grosszügig entschädigt werden. Im Übrigen geht es hier nicht um landwirtschaftliche Produktionsflächen, sondern um Land im Schutzperimeter. Die Herren Antragsteller sind der Meinung, dass die finanziellen Mittel für die Schutzmassnahmen nicht zwingend sind und die aktuelle finanzielle Lage des Kantons, namentlich im Bereich von Naturschutz und Biodiversität, das Budget zu stark belasten würde. Hier spricht doch wieder einmal ein Eigennutzmaximierer, wie er im Büchlein steht.

Mit der Kürzung wird einmal mehr auf den neuen Leistungsausweis, welchen die Landwirte im Bereich der Biodiversitätsförderung erbringen sollen, abgezielt. Vielleicht haben wir dann irgendwann die Blumen nur noch auf euren Hemden statt auf den Wiesen. Dabei geht es jetzt wirklich nicht um landwirtschaftliche Produktionsflächen, sondern schlicht und einfach um die Stellenprozente, welche nötig sind, um die alten und neuen Schutzmassnahmeregelungen zusammenzuführen. Diese Arbeit kann ohne Fachkraft nicht umgesetzt werden. Hier einfach den Beitrag von 300'000 Franken zugunsten des Budgets zu streichen, ist kurzsichtig, zumal die Arbeiten schon aufgegleist sind und damit eine Verbesserung der Situation bewirkt.

Im Hinblick auf den kontinuierlichen Artenschwund auch in unserem Kanton ist die Weiterentwicklung des Landschaftsschutzprojektes zielorientiert und wertvoll. Bitte erteilen Sie gemeinsam mit der Grünen-CSP-Fraktion diesem unsinnigen Antrag eine klare Abfuhr. Danke.

Ordnungsantrag

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Ich möchte Ihnen

ein Rückkommen beantragen auf den Antrag 46 beziehungsweise 46a.

Wir waren beim Abstimmen leider nicht ganz komplett, ich entschuldige mich dafür. (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite.*)

1990

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Es gibt keinen, aber wirklich keinen objektiven Grund für ein Rückkommen. Wer schläft, hat verschlafen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir stimmen ab. Für ein Rückkommen braucht es 20 Stimmen.

Abstimmung über den Rückkommensantrag

Für den Antrag auf Rückkommen stimmen deutlich mehr als 20 Ratsmitglieder.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben Rückkommen beschlossen. Wir beraten aber diese Leistungsgruppe zuerst zu Ende, bevor wir die Abstimmung über die Leistungsgruppe des Rückkommens machen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Dann komme ich wieder zurück auf den Antrag 48a, bei dem wir zuvor waren. Ich betätige mich nachher noch als Vorherseher meiner eigenen Zukunft, nämlich dass mich diese offenbar jährlich wiederkehrenden Anträge der SVP gegen die Natur Jahr für Jahr, dem ich diesem Rat angehören werde, Jahr für Jahr auch mehr nerven. Mehr Worte über diesen Antrag zu verlieren, lohnt sich auch nicht. Die Alternative Liste AL ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Natur bewusst und lässt unsere Natur auch nicht einfach so für ein bisschen Geld im Regen stehen. Sie wird diesem Antrag demzufolge nicht folgen.

Regierungsrat Markus Kägi: Die Naturschutzgebiete sind die prioritären Lebensräume für die Biodiversität. Bei der Sicherung dieser Gebiete handelt es sich nicht um eine Leistung im Bereich «Nice-to-have», sondern vielmehr um eine Kernaufgabe des nationalen und kantonalen Naturschutzes. Es ist schlicht ein gesetzlicher Auftrag, den wir hier zu erfüllen haben. Bei der Erfüllung dieses Auftrags sind wir zeitlich erheblich in Verzug. Wir halten die Vorgaben von verschiedenen nationalen Verordnungen und auch des Zürcher Naturschutz-Gesamtkonzeptes nicht ein. Dies schadet der Natur, aber auch der Wirtschaft, hören Sie gut zu. Fehlende Rechtssicherheit bei Schutzmassnahmen kann bei Projekten Dritter zu Verzögerungen führen. Diese Problematik stellt sich ganz aktuell zum Beispiel in Dietikon beim Gestaltungsplan Silber–Lerzen–Stierenmatt oder – es wurde

bereits erwähnt – bei der Strasse Uster West. Das ist auch politisch höchst unerwünscht.

Schliesslich ist die bäuerliche Hoffnung, dass dank dieser Kürzung Kulturland vor Naturschutz geschützt wird, nicht realistisch. Es handelt sich bei diesen Flächen in aller Regel nicht um intensive Produktionsflächen, sondern um Biotop, die schon heute extensiv genutzt werden und deren ordentlicher Rechtsschutz noch aussteht oder revidiert werden muss. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 48a mit 116 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun kommen wir zur Wiederholung der Abstimmung über den Antrag zur Verbesserung um 200'000 Franken. Das waren der KPB-Antrag 46 von Erich Bollinger und der Minderheitsantrag 46a von Andrew Katumba.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 46 der KPB/FIKO wird dem Minderheitsantrag 46a der KPB gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit Stichentscheid der Präsidentin dem Mehrheitsantrag der KPB/FIKO mit 87 : 86 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Damit ist die Verbesserung von 200'000 Franken beschlossen.

(Der Rat beschliesst zu einem späteren Zeitpunkt, an seiner 32. Sitzung, nochmals Rückkommen, diese Abstimmung wird erneut wiederholt.)

Die Beratung der Vorlagen 5226a und 5225a wird abgebrochen. Fortsetzung der Beratung an der Nachmittagssitzung.

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

1992


Zürich, den 14. Dezember 2015

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 11.
Januar 2016.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Lohnentwicklung der kantonalen Angestellten	
Geschäfts#:	KR-Nr. 107/2015	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 08:16:58	
JA:	147	
NEIN:	11	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	22	
Total Stimmen:	158	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	--
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	--
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	--
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 08:39:28	
JA:	103	
NEIN:	68	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	7	
Total Stimmen:	173	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	ENTHALTEN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	ENTHALTEN
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 08:54:50	
JA:	91	
NEIN:	81	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	8	
Total Stimmen:	172	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	--
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	--
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 09:08:03	
JA:	105	
NEIN:	65	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 09:13:28	
JA:	116	
NEIN:	56	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	8	
Total Stimmen:	172	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 09:50:08	
JA:	119	
NEIN:	51	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 10:43:57	
JA:	117	
NEIN:	50	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	13	
Total Stimmen:	167	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	--
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 10:44:44	
JA:	112	
NEIN:	54	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	--
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	--
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	--
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 10:46:46	
JA:	110	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	--
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 11:01:38	
JA:	88	
NEIN:	80	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	ENTHALTEN
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 11:16:49	
JA:	102	
NEIN:	62	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	15	
Total Stimmen:	165	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	--
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	ENTHALTEN
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	--
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 11:30:30	
JA:	133	
NEIN:	35	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	12	
Total Stimmen:	168	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	--
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	--
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	--
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 11:33:04	
JA:	111	
NEIN:	57	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	12	
Total Stimmen:	168	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	--
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	--
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 10:46:46	
JA:	110	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	--
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 12:00:41	
JA:	116	
NEIN:	56	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	8	
Total Stimmen:	172	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
030	Ackermann	Pia	SP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	--
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2016 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2016–2019 (KEF 2016)	
Geschäfts#:	5226a	
Stimm-Datum:	2015.12.14 - 12:02:01	
JA:	87	
NEIN:	86	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	6	
Total Stimmen:	174	
Stichentscheid:	Angenommen durch Stichenentscheid des Präsidiums	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	ENTHALTEN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

